



Institut für Hochschulforschung Wittenberg
an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

LEUCOREA
Stiftung des öffentlichen Rechts an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

5 '98

ARBEITS BERICHTE

Irene Lischka

Entscheidung für
höhere Bildung
in Sachsen-Anhalt

Gutachten

HOF
WITTENBERG

5 '98

Irene Lischka

Entscheidung für
höhere Bildung
in Sachsen-Anhalt

Gutachten

Inhaltsverzeichnis

0.	Vorbemerkungen	7
1.	Methodologische Fragen	8
2.	Entwicklungen und Probleme des Hochschulzugangs in Sachsen-Anhalt	10
2.1	Quantitative Entwicklungen	10
2.1.1	Bildungsplanung	10
2.1.2	Studienberechtigtenquote	12
2.1.3	Studierwilligkeit	13
2.1.4	Tätigkeiten	15
2.1.5	Studienabschlüsse	17
2.1.6	Berufsausbildung	20
2.1.7	Wirtschaftliche Situation	21
2.1.8	Hochschulorte	23
2.2.	Hintergründe der Entscheidung für und wider ein Studium	25
2.2.1	Zusammenhänge	25
2.2.2	Studiengründe	26
2.2.3	Orientierungen	28
2.2.4	Studienmöglichkeiten	30
2.2.5	Gründe für den Studienverzicht	31

3.	Einflußnahme auf die Studienentscheidung	34
3.1	Praktische Erfahrungen	34
3.2	Akteure der Hochschulen	35
4.	Zusammenfassung	37
5.	Schlußfolgerungen und Empfehlungen	38

0. Vorbemerkungen

Der Wechsel von den zur Studienberechtigung führenden Bildungswegen an die Hochschulen bzw. von Studienberechtigten zum Studium wird derzeit in Deutschland kritisch diskutiert und reflektiert, ausgehend von unterschiedlichen Interessenlagen, Erfahrungen und differenzierten Bedingungen. Die Probleme in den alten Bundesländern zeigen sich vor allem darin, daß dort insgesamt mehr Studienanfänger an die Hochschulen kommen als dafür Studienplätze bestehen. Gleichzeitig werden dabei einzelne Studienfächer besonders stark nachgefragt, während die Nachfrage in anderen stark zurückging (z.B. Ingenieurwissenschaften). Schließlich werden auch die Fragen der Qualität der Lehre, der stärkeren Autonomie der Hochschulen und deren finanzielle Ausstattung anhand von Leistungsparametern im Zusammenhang mit Fragen des Hochschulzugangs diskutiert. Die mit dem neuen HRG vorgesehen Möglichkeiten, den Hochschulen eine stärkere Entscheidungsbefugnis bei der Auswahl der Studienanfänger einzuräumen, sind ein Resultat dieser Diskussionen.

In einzelnen Bundesländern bzw. von den verschiedenen politischen Kräften werden die Fragen des Hochschulzugangs unterschiedlich wahrgenommen und thematisiert. In Niedersachsen beschäftigte sich z.B. kürzlich die SPD-Landtagsfraktion im Rahmen eines Fachgesprächs auf der Basis von Analysen der HIS-GmbH Hannover mit den damit in Verbindung stehenden Problemen.

In den neuen Bundesländern sind die Probleme des Hochschulzugangs, speziell des Übergangs von der Schule an die Hochschulen - trotz partieller Vergleichbarkeit mit den alten Bundesländern - grundsätzlich anderer Art. Diese grundsätzliche Andersartigkeit besteht darin, daß in den neuen Bundesländern die vorhandenen Studienplätze im Durchschnitt nicht ausgelastet sind, statt Überlast in zahlreichen Studiengängen "Unterlast gefahren" wird. Damit ist Hochschulbildung, bezogen auf die Kosten je Student, in den neuen Bundesländern deutlich teurer. In Zeiten knapper öffentlicher Mittel stehen den Hochschulen damit existentielle Probleme ins Haus. Schwerwiegend dürfte auch die Sorge um die wirtschaftliche und soziale Perspektive der ostdeutschen Bundesländer sein, wenn damit einhergehend ein Bildungsrückstand zu befürchten wäre.

Vor diesem Hintergrund wurde im Auftrag des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt folgendes Gutachten erstellt. Das Anliegen besteht darin

1. Ursachen und Hintergründe für die geringe Studierwilligkeit/Inanspruchnahme der Studienplätze in Sachsen-Anhalt aufzuzeigen sowie
2. Hinweise und Empfehlungen dafür zu geben, ob und in welcher Weise eine stärkere Inanspruchnahme der Studienmöglichkeiten erzielt werden könnte.

1. Methodologische Fragen

Mit der Erstellung des Gutachtens ist die Diskussion methodologischer Fragestellungen verbunden. Für die Begutachtung des Problems der Bildungsentscheidung stellen sich folgende grundsätzliche Fragen:

1. Welche Informationen und Kenntnisse sind erforderlich, um die mit der Bildungsentscheidung verbundenen Zusammenhänge kompetent beurteilen und bewerten zu können? Welche dieser Informationen haben dabei Priorität, welche sind wünschenswert?
2. Welche Informationen stehen prinzipiell zur Verfügung? Welche können bzw. müssen ermittelt werden? Welche Befunde sind unter den gegebenen Rahmenbedingungen des Gutachtens (zeitliche Fristen, Kapazitätsfragen) zugänglich?
3. Welche Möglichkeiten der Einflußnahme und Steuerung bestehen?
4. Wer ist Adressat des Gutachtens?

Für ein umfassendes Gutachten zur Bildungsentscheidung (Entscheidung für oder wider höhere Bildung), das eine wesentlich umfangreichere Datenerhebung erfordern würde, als das im Rahmen der Zeitrahmen zuließ, sind aus unserer Sicht folgende Informationen erforderlich:

- 1.1 Analyse und Bewertung der Bildungsangebote im Land, Vergleich mit anderen Ländern
- 1.2 Quantitativ-strukturelle Entwicklung der Bildungsbeteiligung im Land insgesamt, in einzelnen Regionen, in anderen neuen Bundesländern und im gesamten Bundesgebiet
- 1.3 Bedingungen, Hintergründe und Kontexte der Bildungsentscheidungen
- 1.4 Analyse der individuellen Entscheidungsprozesse, der Informations- und Beratungsstrukturen und deren Wirksamkeit.

Mit dem vorliegenden Gutachten wurden vor allem die in den Punkten 1.2 und 1.3 benannten Gegenstände erfaßt, ohne daß diese in allen Fällen ausreichend sind. Auf eine Analyse der Bildungsangebote (Punkt 1.1) mußte in Anbetracht der verfügbaren Zeit verzichtet werden. Allerdings können dazu hinreichende Informationen bei allen mit der Thematik im Land Beschäftigten vorausgesetzt werden. Ein Problem besteht darin, daß zu den in Pkt. 1.4 benannten Gegenständen nur Eindrücke, jedoch keine präzisen Befunde einbezogen werden können. Allein aus dieser Sicht scheint es im Interesse einer kompetenten Lösung der anstehenden Probleme geboten, weitere Analysen zum Thema der Bildungsentscheidung folgen zu lassen. Das vorliegende Gutachten erfaßt nur einen Ausschnitt der gesamten Problematik.

Da im Rahmen des Gutachtens keine speziellen Untersuchungen vorgenommen werden konnten, stützen sich die Aussagen vor allem auf Analysen und Interpretationen vorhandener statistischer Materialien sowie vorliegender Untersuchungsberichte aus eigenen Untersuchungen.

gen bzw. aus anderen Einrichtungen. Vorab erfolgte allerdings die gezielte Teilauswertung einer 1998 an ausgewählten Gymnasien Sachsen-Anhalts (Einzugsgebiete um Halle, Magdeburg, Stendal) durchgeführten schriftlichen Befragung (N=470). Eine Analyse der berufs- und studienberatenden Aktivitäten war, wie bereits erwähnt, nicht möglich. Eindrücke darüber wurden jedoch über die Gespräche an den Gymnasien, insbesondere auch im Vorfeld der genannten schriftlichen Erhebung, vermittelt.

Als Adressat des Gutachtens verstehen wir primär das Kultusministerium. Dementsprechend konzentrieren sich die Empfehlungen in erster Linie auf solche Aktivitäten, die unmittelbar oder auch mittelbar vom Kultusministerium geprägt oder beeinflußt werden können.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß das Bildungswahlverhalten in den neuen Bundesländern ebenso wie andere Verhaltensweisen teilweise noch starken Schwankungen unterliegt. Auch zeigte sich, daß die Entwicklungen in den einzelnen neuen Ländern teilweise unterschiedlich, nicht selten sogar gegenläufig sind. Daraus ergibt sich, daß es auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer nur bedingt möglich ist, grundsätzliche Entwicklungstendenzen zu benennen. Die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre belegen, daß sich einige als Trends angenommene Entwicklungen wieder umkehrten. Dafür sind nicht in jedem Fall Gründe bekannt oder nachzuweisen. Vielmehr ist dies eher ein Indiz dafür, daß die Folgen des politisch-wirtschaftlich-sozialen Umbaus die Bevölkerung in bestimmtem Maße offenbar noch immer verunsichern und bestimmte Positionen noch instabil sind. Daraus resultiert die Relativität aktueller Untersuchungen und Empfehlungen sowie die Notwendigkeit einer weiteren Beobachtung.

2. Entwicklungen und Probleme des Hochschulzugangs in Sachsen-Anhalt

2.1 Quantitative Entwicklungen

2.1.1 Bildungsplanung

Die aktuellen Diskrepanzen zwischen den vorhandenen Studienplätzen und den Studienanfängerzahlen resultieren im Ansatz aus Unsicherheiten der Bildungsplanung zu Beginn der neunziger Jahre.

Vor dem Hintergrund der nach der Einheit Deutschlands formulierten und allgemein akzeptierten politischen Zielsetzung der raschen Angleichung der Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern an die der alten Bundesländer dominierte zu Beginn der neunziger Jahre die Annahme, daß sich dementsprechend auch die Lebensstile und insbesondere die Bildungsbeteiligung sehr schnell angleichen würden. Davon ausgehend erfolgte in allen neuen Bundesländern ein zügiger Ausbau der Bildungseinrichtungen einschließlich Hochschulen. Hinweise auf mögliche Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung, einhergehend mit einem hohen Grad der Unterbeschäftigung, sowie auf spezifische Reaktionen der Bevölkerung in den neuen Bundesländern aufgrund ihrer Sozialisation lösten eher einen forcierten denn einen verhalteneren Ausbau der Hochschulkapazitäten aus. Erfahrungen mit einer nachfrageorientierten Bildungsplanung bestanden in den neuen Bundesländern nicht, relativ unbekannt war auch das tatsächliche Interesse an höherer Bildung in der Bevölkerung 1989 zentral gelenkten Zugangs an die höheren Bildungseinrichtungen.

Die Hochschulstrukturkommission des Landes Sachsen-Anhalt plante 1992 bei Annahme eines Studienberechtigtenanteils von 40 Prozent am Altersjahrgang in der ersten Ausbaustufe schon insgesamt 8860 Studienanfänger bzw. daraus abgeleitet 36.500 Studienplätze mit der Perspektive des Ausbaus auf 44.000 Studienplätze (Empfehlungen 1992). Zu DDR-Zeiten(1989) bestanden in Sachsen-Anhalt Plätze für nur ca. 4200 Studienanfänger. Auch die vom Land in Auftrag gegebenen detaillierten Vorausberechnungen durch das IES (siehe Übersicht 1) waren von der Zielsetzung der raschen Angleichung an die alten Bundesländer getragen; Vorstellungen von der Langwierigkeit des Angleichungsprozesses waren damals kaum vorhanden. So wurden Studienanfängerzahlen prognostiziert, die schon bis zum Jahr 2000 deutlich höher sind als die Abschätzungen der Hochschulstrukturkommission. Trotz der Zielsetzung der Angleichung der Lebensverhältnisse schien es damals nicht opportun, auch von Problemen der wirtschaftlich-sozialen Umgestaltung, anderen Lebensgefühlen und Lebensstilen der ostdeutschen Bevölkerung und einem sozialistionsbedingt spezifischen Verständnis von Hochschulbildung auszugehen.

Übersicht 1: Prognostizierte Anzahl der Studienanfänger an Hochschulen in Sachsen-Anhalt (in Tsd.)

Prognose-Institution	Jahr			
	1995	1997	2000	2005
IES Hannover, 1992 (min -max)	6,1 - 7,3	7,1 - 9,5	8,4 - 12,3	9,4 - 12,3
HIS Hannover, 1992 (min - max)	4,8 - 5,9	6,3 - 8,2	8,5 - 11,1	9,3 - 12,0
PG Berlin-Karlshorst, 1991/93 (min - max)	4,5 - 4,7	5,4 - 7,6	6,9 -10,1	7,8 - 11,0

Quellen: Grund- und Strukturdaten...1992; Bildungsentwicklung1994; Birk: Vorausschätzung... 1992; Adler, Lischka: Erste Prognose... 1991; Adler, Lischka: Vorausschätzung ...1993.

1997 nahmen in Sachsen-Anhalt insgesamt 6.548 Studienberechtigte ein Studium auf (1. HSS, Haupthörer, mit Verwaltungs-FH). 1995 waren 5.484 Studienanfänger (1. HSS, mit Verwaltungs-FH) registriert worden, allerdings Haupt- und Nebenhörer, d.h. unter nicht exakt erfaßter Doppelzählung. Nach Erhebungen der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst betrug die Anzahl der Studienanfänger 1995 ca. 5.100.

Wenn eine Verbesserung der Studienanfängersituation in Sachsen-Anhalt angestrebt wird, können damit letztlich nur Hinweise für eine begrenzte Korrektur der derzeitigen Situation gegeben werden. Schließlich bestätigten sich die zurückhaltenderen Vorausschätzungen zugrundegelegten Positionen durch die tatsächliche Entwicklung im wesentlichen. Das heißt, nach wie vor ist für Ostdeutschland von einem besonders engen Zusammenhang zwischen den Studienabsichten und der wirtschaftlich-sozialen, spezifisch reflektierten Situation auszugehen. Das Lebensgefühl und die Lebensbedingungen der ostdeutschen Bevölkerung gestatten u.E. nur eine bedingte Übertragbarkeit der sich in den alten Bundesländern vollziehenden Prozesse auf die hiesige Situation. Auch die nachfolgenden Analysen und insbesondere die Empfehlungen gehen von dieser Spezifik aus.

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß das aktuelle Problem der unzureichenden Besetzung der Studienplätze in Sachsen-Anhalt nicht ausschließlich als ein Problem der Studieninformation und -beratung gesehen werden kann. Vielmehr verhalten sich die Studienberechtigten tendenziell eher so, wie dies unter den nunmehr eingetretenen wirtschaftlich-sozialen Bedingungen anzunehmen war.

2.1.2 Studienberechtigtenquote

Die geringe Nachfrage nach Hochschulbildung bei einem gleichzeitig stark gestiegenen Anteil der Studienberechtigten am Altersjahrgang ist ein spezifisches Problem aller neuen Bundesländer.

Die Entwicklung der Bildungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt entspricht grundsätzlich der Entwicklung der Gesamtheit der neuen Bundesländer. So verdoppelte sich in den neuen Bundesländern (NBL) innerhalb von sieben Jahren der Anteil der Studienberechtigten am durchschnittlichen Altersjahrgang und entspricht jetzt etwa dem in den alten Bundesländern (ABL) - (siehe Übersicht 2).

Übersicht 2: Entwicklung des Anteils der Studienberechtigten am durchschnittl. Altersjahrgang (in %)

Jahr	Anteil der Studienberechtigten am durchschnittl. Altersjahrgang			
	Deutschland	ABL	NBL	Sachsen-Anhalt
1990	31,4	31,4	(15,5 DDR)	15,9
1993	32,8	36,6	28,1	24,8
1995	36,4			39,1
1996	36,7			37,9 (bzw. 32%*)

*nach Berechnungen auf der Basis von Daten des Statist. Landesamtes

Quelle Statistisches Bundesamt; Bildung im Zahlenspiegel 1997

Allerdings sind die Daten des Statistischen Bundesamtes auf der Basis anderer Jahrgangsstärken ermittelt worden, als dies Daten des Statistischen Landesamtes für Sachsen-Anhalt ausweisen. So wäre nach Daten des Statistischen Bundesamtes die Studienberechtigtenquote am durchschnittl. alterstypischen Jahrgang in Sachsen-Anhalt höher als im Durchschnitt Deutschlands und auch der neuen Bundesländer. Nach Daten des Landes, die von anderen Jahrgangsstärken ausgehen, wäre für 1996 und 1997 von einer Studienberechtigtenquote von knapp 32 Prozent auszugehen. In jedem Fall ist seit 1995 ein leichter Rückgang des Anteils der Studienberechtigten am durchschnittl. Altersjahrgang festzustellen.

Damit deutet sich für Sachsen-Anhalt eine leicht rückläufige Bildungsnachfrage an. Das widerspricht zumindest dem Trend in Deutschland insgesamt. Auch die aktuellen Schülerzahlen an den Gymnasien und beruflichen Schulen im Land deuten für die nächsten Jahre auf keinen spürbaren Anstieg der Studienberechtigtenquote. Die beschlossene Erhöhung der Schuldauer von 12 auf 13 Jahre dürfte sich unter den spezifischen Bedingungen Sachsens-Anhalts eher negativ auf die Nachfrage nach Studienberechtigungen auswirken. Gleichzeitig fällt damit praktisch ein Studienberechtigtenjahrgang fast vollständig aus, was in den Jahren

2001 und 2002 zu einem Rückgang der Studienanfänger aus dem Land bis auf ein Drittel der "normalen" Zahlen führen wird, wie sich anhand der Situation im Land Brandenburg 1994 und 1995 zeigte.

Für Sachsen-Anhalt gilt ebenso wie für die anderen neuen Bundesländer, daß die Studienberechtigten zu fast 60 Prozent Frauen und zu knapp 40 Prozent Männer sind. Dementsprechend beträgt der Anteil der Studienberechtigten unter der weiblichen Bevölkerung des durchschnittl. Altersjahrgangs 42,2 Prozent, unter der männlichen dagegen nur 29,2 Prozent (nach Angaben des Stat. Bundesamtes). Das heißt, Probleme der Nachfrage nach höherer allgemeiner Bildung bestehen vorrangig bei Jungen.

2.1.3 Studierwilligkeit

Die Studierwilligkeit ging in den neuen Bundesländern mit dem Anstieg der Studienberechtigtenquote deutlicher zurück als in den alten Bundesländern, in Sachsen-Anhalt ist sie geringer als im Durchschnitt der neuen Bundesländer. Derzeit bestehen Anzeichen für einen leichten Anstieg.

Mit steigendem Anteil der Studienberechtigten am durchschnittl. Altersjahrgang ging in Deutschland insgesamt der Anteil jener Studienberechtigten zurück, die die Absicht haben zu studieren (Quote der Studierwilligkeit) sowie auch der Anteil derer, die tatsächlich ein Studium beginnen (Ausdruck dessen ist die Bruttostudierquote, die ein halbes Jahr nach Erwerb der Studienberechtigung den Anteil derer ausdrückt, die bereits studieren oder noch ein Studium aufnehmen wollen). Wäre der Rückgang der Studierwilligkeit umgekehrt linear zum Anstieg der Studienberechtigtenquoten erfolgt, so wären die Studienanfängerquoten (Anteil der Studienanfänger am Altersjahrgang) konstant geblieben. Der Anteil der Studienanfänger am Altersjahrgang erhöhte sich aber, so daß trotz dieser Entwicklung eine gestiegene Nachfrage/Inanspruchnahme von Hochschulbildung erfolgt. 1989 nahmen in der DDR rd. 13 Prozent eines Jahrgangs ein Studium auf, 1996 waren es in den neuen Ländern insgesamt rd. 19 Prozent. Für die alten Bundesländer gilt, daß 1980 noch rd. 3/4 aller Studienberechtigten ein Studium begannen; für die Studienberechtigten 1996 wurde eine Bruttostudierquote von 66 Prozent ermittelt (Lewin, K. 1997).

Die Studierwilligkeit der weiblichen Studienberechtigten ging in allen neuen Bundesländern insgesamt wesentlich stärker zurück als die der männlichen Studienberechtigten. Auch bei der Stichprobe Sachsen-Anhalt 1998 wurde für die Gymnasiastinnen eine Studierwilligkeit von 60 Prozent, für die Gymnasiasten von 70 Prozent ermittelt. Diese Werte müssen allerdings im Zusammenhang mit der ungleichen Bildungsbeteiligung (Gymnasien) von Mädchen und Jungen gesehen werden. Berücksichtigt man diese, sind rd. 29 Prozent der weiblichen Bevölkerung eines durchschnittl. Altersjahrgangs potentielle Studierende, aber nur rd. 20 Prozent der entsprechenden männlichen Bevölkerung. Die aktuellen Daten zeigen bereits jetzt die Mehrheit der Frauen unter den Studienanfängern.

Übersicht 3: Entwicklung der Studierwilligkeit in Sachsen-Anhalt und den anderen neuen Bundesländern (Anteil in %)

	Gesamt	Berlin (0)	Brandenburg	Meckl.-Vorp.	Sachsen	Thüringen	Sachsen-Anhalt
Befragung 1991 ¹⁾	74	81	71	-	73	-	74
Befragung 1992/93 ¹⁾	66	78	59	58	62	70	62
Befragung 1995 ¹⁾	64	74	60	64	61	65	62
Stichprobe 1998 ²⁾	-	-	-	-	-	-	64

¹⁾ 9. und 11./12. Klassen (Studierwilligkeit in 11./12. Klassen war geringer als in 9. Klassen - siehe Übersicht 4)

²⁾ nur 12. Klassen

In den neuen Bundesländern waren bisher sowohl die Studierwilligkeit als auch die Bruttostudierquote deutlich rückläufig. Befragungen in 9. und 11./12. Klassen an Gymnasien belegen zwischen 1991 und 1995 ein Absinken des Anteils der studierwilligen Gymnasiasten von 74 auf 64 Prozent, in Sachsen-Anhalt sogar auf 62 Prozent (siehe Übersicht 3). Die 1998 in Sachsen-Anhalt durchgeführte Befragung einer ausgewählten Stichprobe in den 12. Klassen (N = 470) ergab einen Anteil von 64 Prozent. Dieser Wert signalisiert einen leichten Wiederanstieg der Studierwilligkeit - vor allem, weil die Erhebungen der Vorjahre ergeben hatten, daß die Studierwilligkeit mit steigender Klassenstufe sinkt. Damit bedeuten die in den 12. Klassen Sachsens-Anhalts 1998 ermittelten 64 Prozent gegenüber den in den beiden vorherigen Erhebungen ermittelten Werten einen Anstieg (siehe Übersicht 4).

Übersicht 4: Studierwilligkeit von Gymnasiasten der neuen Bundesländer nach Klassenstufen (Anteil in %)

Studierwilligkeit	Befragung 1991		Befragung 1992/93		Befragung 1995		Sachsen-Anhalt Stichprobe 1998 12. Kl.
	Abijg. 1992 11. Kl.	Abijg. 1994/95 9. Kl.	Abijg. 1993/94 11. Kl.	Abijg. 1995/96 9. Kl.	Abijg. 1996 11./12. Kl.	Abijg. 1998/99 9. Kl.	
fest	31	23	24	24	27	25	28
wahrscheinlich	42	52	39	44	33	44	36
Summe	73	75	63	68	60	69	64

Die Bruttostudierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang (Anteil derjenigen, die schon studieren oder dies planen) entwickelte sich in den neuen Bundesländern dementsprechend ebenfalls von 67 auf 60 Prozent, also deutlich rückläufig.

Während die Bruttostudierquote in Sachsen-Anhalt 1994 noch 69 Prozent betrug, ist sie 1996 mit 59 Prozent um insgesamt 10 Prozentpunkte gefallen. Sie liegt damit auch 1996 praktisch im Durchschnitt der neuen Länder, wenn man berücksichtigt, daß die relativ hohe Bruttostudierquote in Brandenburg (67%) speziell vom Umland Berlins (sog. Speckgürtel) geprägt sein dürfte (siehe Übersicht 5).

Übersicht 5: Bruttostudierquoten der Studienberechtigten 1994 und 1996 der neuen Bundesländer (Anteil in %)

Bundesland	Studienberechtigte 1994	Studienberechtigte 1996
Brandenburg *	-	67
Mecklenburg-Vorpommern	63	57
Sachsen	64	60
Thüringen	70	58
Sachsen-Anhalt	69	59
neue Länder insges.**	67	60

* 1994 keine Abiturienten ** ohne Berlin (Ost)

Quelle: Durrer, Heine 1997

2.1.4 Tätigkeiten

Die Studienberechtigten Sachsen-Anhalts entsprechen bezüglich der Tätigkeiten, die sie ein halbes Jahr nach Erwerb der Studienberechtigung ausüben, am ehesten dem Durchschnitt der Studienberechtigten der neuen Bundesländer.

Seit Anfang der neunziger Jahre wechseln immer weniger Studienberechtigte unmittelbar nach Schulabschluß an eine Hochschule. Das gilt vor allem für die neuen Bundesländer. Während 1992 noch 37 Prozent der Studienberechtigten sofort ein Studium begannen, waren das 1996 nur noch 31 Prozent. Fast ebenso ging aber auch der Anteil derer zurück, die sofort eine berufliche Ausbildung oder Tätigkeit begannen (32 gegenüber 37 Prozent). Gestiegen ist dagegen der Anteil derer, die zunächst den Wehr- oder Zivildienst leisten bzw. etwas anderes machen (z.B. Reisen). Im Vergleich mit allen anderen neuen Bundesländern zeigt sich, daß

sich die Studienberechtigten Sachsen-Anhalts diesbezüglich wie der Durchschnitt der Studienberechtigten in den neuen Ländern entscheiden (siehe Übersicht 6). Ihr Verhalten kann also am ehesten als unspezifisch bezeichnet werden. In allen anderen neuen Bundesländern ist die beschriebene Entwicklung entweder viel ausgeprägter oder auch entgegengesetzt (z.B. Sachsen).

Gleichzeitig erklärt diese Tatsache auch das "Fehlen" der Studienanfänger an den Hochschulen. Da dies aber zunächst nicht durch eine verstärkte Aufnahme beruflicher Ausbildungen und Tätigkeiten bedingt ist, sondern vielmehr durch das Ableisten des Wehr- und Zivildienstes, ließe sich das als eine nur zeitliche Verschiebung des Studienbeginns interpretieren. Allerdings stehen dem Erfahrungen gegenüber, daß die Studienbereitschaft mit steigendem Alter sinkt. Vor allem aber gaben die Studienberechtigten in einer beruflichen Ausbildung 1996 nur wesentlich seltener als noch 1994 an, anschließend ein Studium aufnehmen zu wollen - nämlich 5 statt 1994 noch 10 Prozent aller Studienberechtigten (siehe dazu Übersicht 9).

Übersicht 6: Tätigkeiten der Studienberechtigten 1992 und 1996 der neuen Bundesländer ein halbes Jahr nach Erwerb der Studienberechtigung (Anteil in %)

Bundesländer	Studienberechtigte 1992			Studienberechtigte 1996		
	Studium	berufl. Ausbild./ Tätigk.	Wehr-/ Zivildienst	Studium	berufl. Ausbild./ Tätigk.	Wehr-/ Zivildienst
Brandenburg	32	39	21	38	47	30
Mecklenb.-Vorp.	33	37	23	31	28	30
Sachsen	44	33	19	31	34	26
Thüringen	35	39	24	25	34	30
Sachsen-Anhalt	37	37	23	31	30	30
neue Länder insg.*	37	37	21	31	32	27

* ohne Berlin (Ost)

Quelle: Durrer, Heine 1997

2.1.5 Studienabschlüsse

In Sachsen-Anhalt setzt sich der Trend des verstärkten Zugangs zu den Fachhochschulen trotz der weiter rückläufigen Nachfrage nach Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften fort. Das geht allerdings damit einher, daß der Zugang zu den Universitäten stagniert bzw. sogar leicht rückläufig ist.

Die im Zuge der Hochschulerneuerung in allen neuen Bundesländern entstandenen Fachhochschulen fanden sehr rasch hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den Studieninteressenten. 1994 strebte jeweils ein Viertel der Gesamtheit der Studienberechtigten, sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern, einen FH-Abschluß an. 1996 galt das jeweils nur noch für 22 Prozent. In Sachsen-Anhalt erfolgte im gleichen Zeitraum ein Rückgang von 23 auf 21 Prozent (siehe Übersicht 7). Das läßt zunächst eine rückläufige Attraktivität der Fachhochschulen in den Augen der Studienberechtigten vermuten. Dem steht allerdings gegenüber, daß die Attraktivität universitärer Abschlüsse seit 1990 wesentlich stärker sank, d.h. der Rückgang der Studierwilligkeit fast ausschließlich zu Lasten der Universitäten geht. Gravierend ist dabei schon allein der Rückgang zwischen 1994 und 1996 von 46 auf 38 Prozent der Gesamtheit der Studienberechtigten des Landes. Diese Verschiebungen bestätigen, worauf Interviews mit Gymnasiasten in zunehmendem Maße verweisen, nämlich auf die wachsende Ausrichtung auf ein praxisnahes Studium und auf definierte Berufe - trotz des rückläufigen Zuspruchs der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften.

Übersicht 7: Art der von Studienberechtigten angestrebten Hochschulabschlüsse (Anteil in % von den jeweiligen Studienberechtigten)

Bundesländer	Studienberechtigte 1994		Studienberechtigte 1996	
	FH-Diplom	Uni-Abschluß	FH-Diplom	Uni-Abschluß
Brandenburg	19 *	50 *	29	38
Mecklenb.-Vorp.	24	39	18	39
Sachsen	22	42	18	42
Thüringen	27	43	26	32
Sachsen-Anhalt	23	46	21	38
neue Länder insg.**	24	42	22	38

* 1994 keine Abiturienten, die Daten sind von 1992

** ohne Berlin (Ost)

Quelle: Durrer, Heine 1997

Die Studienanfängerzahlen 1997 belegen diese Entwicklung anhand des tatsächlich realisierten Hochschulzugangs. In den neuen Bundesländern betrug der Anteil der Studienanfänger an Fachhochschulen danach 33,3 Prozent, in den alten Bundesländern 28,4 %. Für Sachsen-Anhalt wurde sogar ein Anteil von 48 Prozent (1996 - 43 Prozent) an den Fachhochschulen ermittelt. Da sich allerdings die Studienanfängerzahlen gegenüber 1996 insgesamt nur leicht erhöht haben (Anstieg von 6.148 auf 6.476), steht dahinter gleichzeitig eine sinkende absolute Anzahl der Studienanfänger an Universitäten (vgl. Studienanfänger- und Studierendenzahlen). Betrachtet man im Zusammenhang damit die Entwicklung der Interessen bzw. Nachfragen nach Studienrichtungen, wird deutlich, daß vor allem ingenieurwissenschaftliche Fakultäten bzw. Fachbereiche an den Universitäten diesen Rückgang zu spüren bekommen.

Die Studienberechtigtenbefragungen und die Studienanfängerzahlen an den Hochschulen belegen, daß die Nachfrage nach den Ingenieurwissenschaften, vor allem im Maschinenbau und in der Elektrotechnik, in den neunziger Jahren erheblich zurückgegangen ist. Die Nachfrage nach Bauwesen/Architektur innerhalb der Ingenieurwissenschaften ist dagegen bundesweit leicht gestiegen, in den neuen Bundesländern hat sie sich fast verdoppelt. Diese Entwicklungen widerspiegeln unmittelbar die Arbeitsmarktsituation. Für die neuen Bundesländer gilt ferner ein zu Beginn der neunziger Jahre stark gestiegener, nunmehr wieder leicht rückläufiger Zulauf zu den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Dieser ist ebenfalls im Zusammenhang zum Arbeitsmarkt und dem Nachholebedarf in Ostdeutschland zu sehen.

Bezüglich der angestrebten Studienrichtungen unterscheiden sich die einzelnen neuen Bundesländer geringer voneinander als bzgl. der angestrebten Hochschularten. Die Studienberechtigten Sachsens-Anhalts 1996 unterscheiden sich von denen der anderen neuen Bundesländer allerdings durch eine besonders geringe Nachfrage nach Maschinenbau (3%), während in Sachsen immerhin 8 Prozent diesen Studienwunsch hatten. Gleichzeitig ging das Interesse an Wirtschaftswissenschaften schneller zurück als in den anderen neuen Bundesländern. Es ist anzunehmen, daß man den Anfang der neunziger Jahre vorhandenen Nachholebedarf bereits als gesättigt ansieht (siehe Übersicht 8). Gleichzeitig kann gefolgert werden, daß dies besonders zu Lasten der Universitäten geht, denen sowohl die längere Ausbildungsdauer als auch der geringere Praxis- und Berufsbezug offenbar zum Nachteil gereichen.

Übersicht 8: Angestrebte Studienrichtungen der Studienberechtigten 1994 und 1996 aus Sachsen-Anhalt und den neuen Bundesländern insgesamt (Anteil in %)

Studienrichtungen	NBL insg. *		Sachsen-Anhalt	
	1994	1996	1994	1996
Agrar-, Ernähr.-,Forstwiss.	2	2	3	1
Naturwiss.	3	5	5	4
Kultur-, Sprachwiss.	4	4	5	4
Kunst-, Gestaltungswiss.	2	2	3	3
Mathematik, Informatik	5	3	4	3
Architektur, Bauwesen	9	8	9	9
Maschinenbau	4	5	4	3
Elektrotechnik	2	2	1	2
Medizin	4	3	5	3
Pädagogik, Sport	2	3	3	5
Psychologie	2	1	3	1
Rechtswiss.	8	5	7	7
Sozialwiss., Sozialwesen	4	4	3	4
Wirtschaftswiss.	13	10	12	8
Lehramtsst.	2	3	2	3
Studium insges.	67	60	69	59

* ohne Berlin (Ost)

Quelle: Durrer, Heine 1997

2.1.6 Berufsausbildung

Studienberechtigte 1996 aus Sachsen-Anhalt, die kein Studium wählen, streben etwas häufiger als im Durchschnitt der neuen Bundesländer eine Berufsausbildung an, anschließend beabsichtigt nur eine Minderheit ein Studium. Ähnlich wie bei den studierwilligen Studienberechtigten werden von ihnen technische Berufsrichtungen noch seltener als in den anderen neuen Bundesländern nachgefragt.

Die Nachfrage Studienberechtigter nach einer qualifizierten Berufsausbildung hat sich in Sachsen-Anhalt zwischen 1994 und 1996 deutlich erhöht, während es im Durchschnitt der neuen Bundesländer diesbezüglich keine Verschiebungen gab (siehe Übersicht 9). In Verbindung mit der gesunkenen Studierwilligkeit stieg der Anteil der Studienberechtigten, die ein halbes Jahr nach Erwerb der Studienberechtigung eine Berufsausbildung aufgenommen haben bzw. dies noch planen (bezeichnet als Brutto-Berufsausbildungsquote), von 35 auf 42 Prozent. In gleichem Maße wie im Durchschnitt der neuen Länder halbierte sich dabei aber der Anteil derer, die anschließend noch ein Studium planen. Bezüglich der Auslastung der vorhandenen Studienplätze ist das wesentlich. Bislang war häufig gehofft worden, daß sich von diesen Studienberechtigten noch ein relativ hoher Anteil später für ein Studium entscheiden wird und damit die vollständige Auslastung der vorhandenen Studienplätze nur zeitlich verzögert erfolgen würde. Die vorliegenden Befunde dämpfen diese Hoffnung zunächst. Allerdings ist trotzdem nicht auszuschließen, daß sich zu einem deutlich späteren Zeitpunkt doch noch mehr beruflich qualifizierte Studienberechtigte zu einem Studium entschließen könnten, z.B. wenn die berufliche Tätigkeit zu Unterforderungen führt oder damit keine Karrieremöglichkeiten gesehen werden. Hinweise darauf geben Erfahrungen der Universität Magdeburg, an der in zunehmendem Maße nachschulisch beruflich Qualifizierte 4 bis 5 Jahre nach Erwerb der Studienberechtigung ein Studium aus den genannten Gründen nachfragen. Unter ihnen befinden sich aber auch beruflich Qualifizierte, die arbeitslos sind und dies für eine Höherqualifizierung nutzen (Studienaufnahmeverhalten 1998). Es gibt jedoch keine Anzeichen dafür, daß aus dieser Population in den nächsten Jahren massenhaft Hochschulbildung nachgefragt wird.

Hinsichtlich der angestrebten Berufsrichtungen unterscheiden sich diese Studienberechtigten in Sachsen-Anhalt wiederum nur unwesentlich vom Durchschnitt der neuen Bundesländer. Das heißt, rd. ein Drittel von ihnen möchte in einem Verwaltungs-, Organisations- oder Büroberuf tätig sein, rd. 15 Prozent bei Banken und Versicherungen, weitere knapp 15 Prozent im Gesundheitswesen. Fertigungsberufe und andere technische Berufe streben im Durchschnitt der neuen Länder knapp 20 Prozent an, in Sachsen-Anhalt beträgt dieser Anteil nur rd. 10 Prozent. Das korrespondiert damit, daß auch unter den studierwilligen Studienberechtigten in Sachsen-Anhalt die ingenieurwissenschaftlichen Studienrichtungen weniger als im Durchschnitt der neuen Länder nachgefragt werden.

Damit stellt sich die Frage nach den Gründen der offenbar besonders ausgeprägten Technik-Abstinenz in Sachsen-Anhalt. Ein Grund ist darin zu sehen, daß in Sachsen-Anhalt aufgrund der Wirtschaftsstruktur bis 1989 eine besonders hoher Anteil der Bevölkerung technisch orientierte Berufe ausübte. Dieser Teil der Bevölkerung dürfte nun überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Gleichzeitig ist gegenwärtig nicht zu erkennen, daß künftig wieder in größerem Umfang Industriearbeitsplätze entstehen werden.

Übersicht 9: Art der begonnenen bzw. geplanten Berufsausbildung der Studienberechtigten 1994 und 1996 aus Sachsen-Anhalt und den neuen Bundesländern insgesamt (Anteil in %)

Art der Berufsausbildung	NBL insg. *		Sachsen-Anhalt	
	1994	1996	1994	1996
betriebliche Ausbildung	24	23	23	26
Beamtenausbildung	6	4	6	7
Berufsfachschule	3	4	2	3
Berufs-, Fachakademie	3	3	1	3
Schulen d. Gesundheitswesens	3	5	3	3
Brutto-Berufsausbildungsquote	39	39	35	42
darunter planen ein Studium	11	6	10	5

* ohne Berlin (Ost)

Quelle: Durrer, Heine 1997

2.1.7 Wirtschaftliche Situation

Sachsen-Anhalt ist das Bundesland Deutschlands mit der bislang ungünstigsten wirtschaftlichen Lage. Es ist davon auszugehen, daß sich diese Probleme auf die Befindlichkeit der Bevölkerung und auch auf das Bildungsverhalten der Heranwachsenden auswirken. Auch die materielle Situation der Bevölkerung ist relativ ungünstig, was kosten- aufwendigen privaten Investitionen in Bildung ebenfalls entgegensteht.

Bildungsentscheidungen sind in einen Zusammenhang zu den Traditionen, der Geschichte und damit der Sozialisation der Bevölkerung zu stellen, obwohl die Komplexität dieser Entscheidungen keine Linearität der Zusammenhänge erwarten läßt.

Für Sachsen-Anhalt gilt, daß das Gebiet dieses Bundeslandes in der DDR mit zu den industriellen Kernen zählte. Die früheren Bezirke Halle und Magdeburg bildeten die Zentren der che-

mischen Industrie und des Schwermaschinenbaus, ferner waren in diesen Bezirken auch Schwerpunkte landwirtschaftlicher Produktion. Bei einem Bevölkerungsanteil von 18,1 Prozent wurden hier 22,4 Prozent der gesamten Industrieproduktion der DDR erbracht (Stat. Jahrbuch 1990). Damit kann davon ausgegangen werden, daß diese besondere wirtschaftliche Position der vormaligen Bezirke Halle und Magdeburg auch das Denken und Handeln der Bevölkerung bestimmte - Arbeit im Sinne von produzierender Arbeit ihr Selbstverständnis prägte.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft war in Sachsen-Anhalt ein besonders einschneidender Prozeß. Bis 1998 hat das Land mit 24,7 Prozent die höchste Arbeitslosenquote aller Länder der Bundesrepublik Deutschland und mit durchschnittlich 35,7 Wochen auch die längste Dauer der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Sachsen-Anhalt hat nicht nur die höchste Arbeitslosenquote nach Bundesländern, im Land befinden sich auch Arbeitsamtsbezirke mit bundesweit extrem hohen Arbeitslosenquoten (Sangerhausen 28,1%, Merseburg 26,5 %) sowie Dienststellen mit höchsten Arbeitslosenquoten (Zeitz 31,4%, Staßfurt 29,4 %). Der tendenzielle Umbau von der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft ist nur in der Landeshauptstadt Magdeburg zu erkennen, in der trotz der weitgehenden Reduktion des Schwermaschinenbaus die Arbeitslosenquote bei "nur" 22,7 Prozent liegt.

Dementsprechend ist auch die finanzielle Situation der privaten Haushalte in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt mit hoher Wahrscheinlichkeit noch ungünstiger als in der Gesamtheit der neuen Bundesländer. Während in den alten Bundesländern 33 Prozent der Haushalte ab 3 Personen eine Nettoeinkommen von über 4.000 DM haben, beträgt dieser Anteil in den neuen Bundesländern 22 Prozent (Statistisches Jahrbuch). Angesichts der besonders hohen Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt, dürfte hier der Anteil noch geringer sein. Neben den Unterschieden bezogen auf die monatlichen Einkommen ist zu beachten, daß die finanzielle Situation auch stark durch die privaten Vermögensverhältnisse geprägt wird. Ein Indikator dafür sind die Vermögen, die innerhalb des kommenden Jahrzehnts vererbt werden. Sie sind ein Ergebnis der vierzigjährigen unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Für die Diskussion um die Bildungsnachfrage, aber auch für Überlegungen zur Finanzierung von Hochschulbildung ist es erheblich, daß in den alten Bundesländern gegenwärtig je Erbfall ein Vermögen von durchschnittlich 253 TDM anfällt, das sind je Erbe durchschnittlich 114 TDM. In den neuen Bundesländern wird mit durchschnittlich 30.000 DM je Erbe (mit nur geringen Abweichungen nach Bundesländern) deutlich weniger vererbt. Die darin zum Ausdruck kommenden Mittel der Generation der Großeltern heutiger Studienberechtigter (in der Generation der Eltern dürften ähnliche Unterschiede bestehen), die letztlich auf die Heranwachsenden übertragen werden, verleihen den Studienberechtigten in Ost und West eine sehr unterschiedliche Sicherheit auch mit Blick auf ihre Bildungsentscheidung.

Für die alten Bundesländer ist bewiesen, daß Bildungschancen und Wohlstand nach wie vor eng zusammenhängen. Bei einem durchschnittlichen Studienanfängeranteil von 34,4 Prozent

an der Gesamtheit eines Altersjahrgangs (1993) gilt, daß der Studienanfängeranteil aus Haushalten mit einem monatl. Bruttoeinkommen von über 5.460 DM (1/4 der Bevölkerung) 55,2 Prozent beträgt. Aus den Haushalten mit einem monatl. Bruttoeinkommen bis 5.460 DM (das sind 3/4 der Bevölkerung) beginnen dagegen nur 23,4 Prozent der Kinder ein Hochschulstudium (Lewin, K. 1997).

Überträgt man diese Situation auf die neuen Bundesländer und speziell auf Sachsen-Anhalt, ist davon auszugehen, daß sowohl die historisch bedingte als auch die aktuell ungünstige finanzielle Situation der privaten Haushalte die Bildungsabsichten tendenziell negativ prägen. Dabei dürfte die aktuelle Diskussion um Studiengebühren zusätzlich verunsichern. Hinweise darauf gibt auch die Tatsache, daß sich an den Gymnasien in Sachsen-Anhalt (1998) in der Mehrzahl Schüler befinden, die ihre Eltern als Gewinner der Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt charakterisieren. Kinder von "Verlierern" der Einheit wagen offensichtlich deutlich seltener den Schritt zum Abitur.

Übersicht 10: Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt¹

	Arbeitslosenquote (in %)	durchschn. Dauer der Arbeitslosigkeit (Wochen)
neue Bundesländer insgesamt	22,6	32,9
Mecklenburg-Vorpommern	23,7	33,0
Brandenburg	22,0	32,9
Sachsen	21,6	31,4
Thüringen	22,7	31,5
Berlin (O)	21,2	34,1
Sachsen-Anhalt	24,7	35,7

Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt. Stand Februar 1998.- Nürnberg (IAB Werkstattbericht Nr. 1.2/1998)

2.1.8 Hochschulorte

Die Studienanfänger aus Sachsen-Anhalt wählen überdurchschnittlich häufig eine Hochschule außerhalb des eigenen Bundeslandes, dem stehen keine adäquaten Bildungseinwanderungen gegenüber.

Von den studierwilligen Studienberechtigten 1994 aus Sachsen-Anhalt haben nur knapp 44 Prozent eine Hochschule im eigenen Bundesland gewählt bzw. hatten diese Absicht (ermittelt ein halbes Jahr nach Erwerb der Studienberechtigung). Das ist eine wesentlich geringere

Verbleibsquote als in den anderen neuen Bundesländern mit einer vergleichbaren Hochschul-landschaft (z.B. Sachsen 76 %, Thüringen 61 %). Die Abwanderung erfolgte vor allem nach Sachsen (14 %), aber auch nach Berlin und Thüringen (je 6 %). 1995/96 hat sich dieses Bild leicht gebessert. Von den Studienanfängern aus Sachsen-Anhalt bleiben 54 Prozent im Land. Sachsen, Berlin und Thüringen profitieren aber nach wie vor am stärksten von der Bildungs-abwanderung aus Sachsen-Anhalt (Bildung im Zahlenspiegel).

Dem steht keine entsprechende Bildungseinwanderung gegenüber. An den Hochschulen Sachsen-Anhalts wollten 1994 zu 82 Prozent Landeskinder ein Studium beginnen (Durrer; Heine 1996). Einige Verschiebungen ergeben sich bei der Umsetzung der Studienabsichten. Im Wintersemester 1995/96 waren an den Hochschulen Sachsen-Anhalts fast 66 Prozent Lan-deskinder eingeschrieben. Das sind mit anderen Ländern vergleichbare Anteile, allerdings auf der Basis einer insgesamt zu geringen Studienanfänger- bzw. Studierendenzahl. Daraus resultiert auch die negative Wanderungsbilanz.

Im Wintersemester 1995 betrug der negative Saldo der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt noch 18,8 Prozent. Das heißt, an Hochschulen im Land studierten 18,8 Prozent weniger als die Gesamtzahl der Studierenden aus dem Land betrug (Grund- und Strukturdaten 1997/98). Diese negative Wanderungsbilanz wird nur noch von Schleswig-Holstein und Brandenburg über-troffen. Sie löst sich in diesen Ländern allerdings auf, wenn man die faktisch in beiden Ländern liegenden Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit berücksichtigt.

Damit wird deutlich, daß die Hochschulen in Sachsen-Anhalt in der Wahrnehmung der Studien-berechtigten offenbar wenig attraktiv erscheinen. Da nach unseren Untersuchungen der Ruf und das Ansehen der Hochschulen für die Studienentscheidung einen wachsenden Stellenwert haben, weniger die Attraktivität der Orte und Umgebung, deutet das auf eine noch ungenügen-de Information über die Hochschulen im Land. Hinweise darauf gibt auch die negative Be-wertung der Studienmöglichkeiten in der Heimatregion durch die 1998 befragten Gymnasiasten (siehe Pkt. 2.2.4).

Unter den Studienanfängern 1997 befanden sich 13,7 Prozent aus den alten Bundesländern (Thüringen 14,3% und Sachsen 11,0 %). Im Vorjahr (1996) betrug dieser Anteil erst knapp 9 Prozent, hier zeichnet sich eine stärkere Inanspruchnahme der Studienplätze im Land ab. An dieser Stelle kann allerdings nicht eingeschätzt werden, wie hoch darunter der Anteil der über die ZVS zugewiesenen Studienanfänger liegt (Studienanfänger- und Studierendenzahlen).

2.2. Hintergründe der Entscheidung für und wider ein Studium

2.2.1 Zusammenhänge

Ein Studium beabsichtigen in der Regel nur jene Studienberechtigten, die schon mit einer Studienabsicht in die gymnasiale Oberstufe wechselten.

Das Problem der Studierwilligkeit bzw. des Studienverzichts wird in der Öffentlichkeit in der Regel als ein Problem an der Nahtstelle zwischen der Sekundarstufe II und der tertiären Bildungsstufe behandelt. Überlegungen zur Lösung von Problemen beschränken sich damit mehrheitlich auf Verbesserungen der Information und Beratung in dieser Phase. Damit dürften u.E. jedoch nur marginale Veränderungen möglich sein. Vielmehr scheint es geboten, Fragen der Bildungsentscheidung wesentlich früher in das Bewußtsein der Heranwachsenden, ihrer Eltern und Lehrer, aber auch der Bildungseinrichtungen zu rücken.

Hinweise darauf gibt die Tatsache, daß die Mehrheit jener Gymnasiasten, die ein Studium beabsichtigen, bereits beim Wechsel in die gymnasiale Oberstufe, also bei Kursnahme auf das Abitur, schon ein Studium im Blick hatten. Sie entschieden sich wegen des in Aussicht genommenen Studiums für das Gymnasium (siehe Übersicht 11). Das gilt für Mädchen offenbar noch ausgeprägter als für Jungen. Gymnasiastinnen, die unmittelbar nach dem Abitur ein Studium beginnen möchten, hatten sich zu 89 Prozent u.a. für ein Gymnasium entschieden, weil sie schon damals eine Studienabsicht hatten. Dagegen hatten von den Mädchen, die nach dem Abitur eine berufliche Ausbildung aufnehmen wollen, auch nur 10 Prozent bei der Entscheidung für das Gymnasium ein späteres Studium angestrebt. Ähnliches gilt für die Jungen mit Anteilswerten von 77 und 5 Prozent. In der Mehrzahl wollen damit nur Gymnasiasten studieren, die diese Absicht bereits langfristig und relativ fest hegen. Gymnasiasten, die dagegen als einen Hauptgrund der Entscheidung fürs Gymnasium "nur" angaben, damit die Chance auf ein Studium zu haben ("man kann jederzeit studieren"), unterschieden sich bezüglich ihrer späteren Studienabsichten deutlich weniger.

Gleichzeitig befinden sich unter den Gymnasiasten, die direkt nach Schulabschluß (bzw. Wehrdienst/ZV) eine berufliche Ausbildung/Lehre aufnehmen wollen, zu 4/5 solche Mädchen und Jungen, die sich bereits für das Gymnasium aufgrund der damit erhofften besseren Chancen auf eine Lehrstelle entschieden. Das spielte zwar auch bei 54 Prozent der Gymnasiastinnen mit Studienabsicht und 64 Prozent der Gymnasiasten mit Studienabsicht eine große Rolle, aber offenbar eher im Sinne einer Option für den Fall des Studienverzichts.

Bei der Entscheidung für ein Gymnasium haben bekanntermaßen auch noch andere Gründe Bedeutung. Allerdings läßt sich anhand der ermittelten Daten nicht erkennen, daß Gymnasiasten, die vor allem auch aufgrund des Wunsches ihrer Eltern, der Empfehlung ihrer Lehrer, wegen Freunden oder anderer Gründe ans Gymnasium gingen, häufiger bzw. seltener studieren möchten.

Übersicht 11 : Zusammenhang zwischen Gründen zum Besuch des Gymnasiums und den Absichten, unmittelbar nach dem Abitur (bzw. dem Wehr-/Zivildienst) ein Studium oder eine Lehre zu beginnen - Stichprobe Sachsen-Anhalt 1998 (N=470)*

Ich habe mich für die gymnasiale Oberstufe und damit für das Abitur entschieden, weil	Mädchen		Jungen	
	mit Lehrabsicht	mit Studienabsicht	mit Lehrabsicht	mit Studienabsicht
ich immer gute schulische Leistungen hatte und es sich damit anbot	75	83	48	65
ich annehme, damit bessere Chancen auf eine Lehrstelle zu haben	82	56	79	64
ich annehme, damit mehr berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu haben	93	94	84	90
man damit jederzeit studieren kann, selbst wenn man das jetzt nicht plant	73	83	48	68
ich studieren will und damit das Abitur brauche	10	89	5	77

¹⁾ Anteil der Antworten in sehr starkem/in starkem Maße zutreffend im fünfstufigen Antwortmodell

2.2.2 Studiengründe

Die Entscheidung für ein Studium erfolgt vor allem mit Blick auf den Inhalt und auf die beruflich-existentielle Verwertung des Studiums im Sinne eines Gewinn an Sicherheit.

Gymnasiasten bzw. Studienberechtigte, die sich für ein Studium entscheiden, haben dafür jeweils mehrere Gründe unterschiedlicher Wichtigkeit (siehe Übersicht 12). Höchsten Stellenwert hat die Aussicht auf eine interessante Tätigkeit nach dem Studium. Eine sehr hohe Bedeutung haben aber auch materiell-existentielle Überlegungen (Sicherung einer beruflichen Existenz, guter Verdienst nach dem Studium, Verbesserung der Arbeitsmarktchancen). Der darin zum Ausdruck kommende stark ausgeprägte Anwendungs- und Verwertungsbezug von Hochschulbildung ist eine Spezifik der neuen Bundesländer, die sich auch in früheren Untersuchungen zeigte. Diese Spezifik resultiert offenbar aus dem sozialisationsbedingten Verständnis von Hochschulbildung im Sinne der höchsten Stufe einer Berufsausbildung. Sie erklärt sich auch als ein Gewinn an Sicherheiten gegenüber insgesamt wachsenden Unsicherheiten. Gleichzeitig kann angenommen werden, daß sich dieses Verständnis von Hochschulbildung unter den aktuellen wirtschaftlich-sozialen Bedingungen (Arbeitsmarkt) in den neuen Bundesländern zunächst kaum verändert. Hinweise darauf gibt die Gegenüberstellung der Befragungsergebnisse aus den Jahren zwischen 1991 und 1998.

Aber auch die Gründe für die Wahl eines bestimmten Studienfaches (siehe Übersicht 13)

sprechen dafür, daß einerseits in zunehmendem Maße solche Studienfächer gewählt werden, die dem Interesse und dem gewünschten Beruf entsprechen. Andererseits hat der Aspekt der Arbeitsmarktchancen einschließlich der Möglichkeit, sich mit einem bestimmten Studienfach auch selbständig machen zu können, eine hohe Bedeutung.

Übersicht 12: Begründungen der Gymnasiasten für ihre Studienabsicht (Mittelwerte $\bar{x}$ bei fünf-stufigem Antwortmodell) *

Begründungen	Befragung neue Bundeslän- der			Stichprobe Sachsen-An- halt 1998
	1991	1992/93	1995	
Interessante Tätigkeit nach dem Studium	1,54	1,59	1,60	1,52
Sicherung einer beruflichen Existenz			1,65	1,72
Guter Verdienst nach dem Studium	2,18	2,08	2,03	1,94
insgesamt Verbesserung der Arbeitsmarktchancen			2,17	2,15
Aneignung hoher Bildung	2,11	2,25	2,35	2,26
Interessante Jugendzeit	3,37	3,33	3,28	3,01
Lehrstellenmangel	3,71	3,58	3,19	3,30
Anraten der Eltern	4,18	4,15	3,58	3,92

* Antwortmodell: 1 - sehr stark zutreffend..... 5 - überhaupt nicht zutreffend

Übersicht 13: Gründe der Gymnasiasten für die beabsichtigte Studienfachwahl (Mittelwerte $\bar{x}$ bei fünfstufigem Antwortmodell) *

Ich möchte das Studienfach wählen, weil	Befragung neue Bundeslän- der			Stichprobe Sachsen-An- halt 1998
	1991	1992/93	1995	
1. es mich besonders interessiert	1,82	1,77	1,48	1,44
2. ich nur so im gewünschten Beruf tätig sein kann	2,52	2,53	2,06	1,98
3. die Verdienstmöglichkeiten damit besonders gut sein sollen			2,64	2,62
4. ich mir damit gute Arbeitsmarktchancen erhoffe	-	2,59	2,70	2,42
5. man sich damit auch selbständig machen kann	3,22	3,15	2,80	2,81
6. dafür gute Zulassungschancen bestehen sollen	3,70	3,41	3,39	3,30
7. mir das besonders empfohlen wurde	4,00	3,75	3,85	3,74
8. ich damit an dem von mir gewünschten Ort studieren kann	4,18	3,95	3,55	3,24
9. ich das in Heimatnähe studieren kann				3,56

* Antwortmodell: 1 - sehr stark zutreffend..... 5 - überhaupt nicht zutreffend

2.2.3 Orientierungen

Gymnasiasten mit Studienabsicht sind häufiger europaweit und global orientiert, während Gymnasiasten ohne Studienabsicht eher landesbezogene Sichtweisen einnehmen.

Die Entscheidung für bestimmte Bildungswege und berufliche Qualifikationen erfolgt u.a. vor dem Hintergrund der reflektierten wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen und dem Aspekt der Verwertbarkeit von Bildung und Qualifikation. Dabei zeigen sich interessante Unterschiede zwischen Gymnasiasten mit und ohne Studienabsicht (Stichprobe Sachsen-Anhalt 1998).

Studierwillige Gymnasiasten denken hinsichtlich ihrer Berufs- und Studienentscheidung und der dabei zu berücksichtigenden wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen wesentlich häufiger als ihre Mitschüler ohne Studienabsicht europaweit bzw. global. 43 Prozent von ihnen geben an, sich bei ihrer Berufs- und Studienentscheidung an europäischen Entwicklungen zu orientieren, 33 Prozent an globalen Entwicklungen. Dagegen blicken Gymnasiasten ohne Studienabsicht häufiger auf die zu erwartenden Entwicklungen in Deutschland (einschließlich neue Bundesländer, Heimatort und Umgebung). Von ihnen gaben nur 21 Prozent an, die wirtschaftliche Entwicklung in Europa zu berücksichtigen bzw. 13 Prozent die weltweite Entwicklung (siehe Übersicht 14).

Gymnasiasten ohne Studienabsicht bewerten dabei aber die Situation bezüglich der Bildungs- und Arbeitsangebote in ihrer Heimatregion nicht etwa besser als ihre studierwilligen Mitschüler (siehe dazu auch Übersicht 16). Sie beurteilen auch die Aussichten auf eine wirtschaftliche Stabilisierung in der Heimatregion, in den neuen Bundesländern insgesamt und in Deutschland tendenziell nicht anders als ihre studierwilligen Mitschüler. Unterschiede bestehen aber bezüglich der Bewertung der wirtschaftlichen Stabilisierung in Europa. Studierwillige erwarten tendenziell häufiger eine wirtschaftliche Stabilisierung Europas als Studierunwillige (siehe Übersicht 15). Das deckt sich damit, daß sie sich auch eher an europäischen und globalen Entwicklungen orientieren und diese tendenziell optimistischer beurteilen als Studierunwillige.

Studierwilligkeit steht derzeit also offenbar auch im Zusammenhang mit Weltoffenheit und Bedingungen, die es gestatten, den Blickwinkel des engeren Umfelds zu verlassen. Eine Schlußfolgerung daraus könnte sein, die vorhandenen Orientierungen der Gymnasiasten am Arbeitsmarkt aufzugreifen und auf eine internationale Ebene zu stellen. Dazu würde es erweiterter Informationen bedürfen, die z.B. die Wirtschaftsentwicklung in den entwickelten Ländern der EU und anderen Ländern verdeutlichen. Das verlangt einerseits eine Internationalisierung von Berufs- und Studieninformationen einschließlich -beratungen. Andererseits wird es vermutlich nicht primär über die Berufs- und Studienberatung gelingen, die Heranwachsenden zu europaweiten und globalen Sichtweisen zu befähigen. Vielmehr wäre das Aufgabe des gesamten Bildungswesens und auch der politischen Bildung.

Übersicht 14: Bedeutung der zu erwartenden wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen für die Berufs- und Bildungsabsichten der Gymnasiasten (Anteil in %) - Stichprobe Sachsen-Anhalt 1998 (N=470)

Aussage:	Zustimmung ¹⁾ durch	
	Gymnasiasten mit Studienabsicht %	Gymnasiasten ohne Studienabsicht %
Ich denke dabei		
kaum an irgendwelche künftigen Entwicklungen	14	16
an meinen Heimatort und Umgebung	19	24
an die neuen Bundesländer	31	40
an Deutschland insgesamt	44	46
an die Entwicklung in Europa	43	21
an die weltweite Entwicklung	33	13

¹⁾ Anteil der Antworten in sehr starkem/in starkem Maße zutreffend im fünfstufigen Antwortmodell

Übersicht 15: Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Gymnasiasten (Anteil in %) - Stichprobe Sachsen-Anhalt 1998 (N=470)

Aussage:	Zustimmung ¹⁾ durch	
	Gymnasiasten mit Studienabsicht %	Gymnasiasten ohne Studienabsicht %
Ich denke, daß es längerfristig zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung kommen wird in		
meiner Heimatregion	9	11
den neuen Bundesländern insgesamt	20	18
Deutschland	22	20
Europa	37	29

¹⁾ Anteil der Antworten in sehr starkem/in starkem Maße zutreffend im fünfstufigen Antwortmodell

2.2.4 Studienmöglichkeiten

Die Studienmöglichkeiten in Sachsen-Anhalt werden von den Gymnasiasten nur ungenügend wahrgenommen.

Für die folgende Betrachtung kann davon ausgegangen werden, daß im Prozeß der Hochschulerneuerung in Sachsen-Anhalt insgesamt sehr umfassende und ausreichende Studienmöglichkeiten mit guten Bedingungen geschaffen wurden. Das spiegelt sich in den Ansichten und Meinungen der Gymnasiasten, selbst im Umfeld von Halle und Magdeburg, aber noch nicht wider. Die Gymnasiasten beurteilen die Studienmöglichkeiten in ihrer Heimatregion insgesamt nur als mittelmäßig (siehe Übersicht 16). Studierwillige sind nur zu 30 Prozent der Auffassung, daß diese Möglichkeiten in der Heimatregion gut sind, aber 24 Prozent halten sie sogar für schlecht oder sehr schlecht. Bei den Gymnasiasten, die kein Studium beabsichtigen, fällt diese Einschätzung noch deutlich negativer aus - vermutlich auch, um damit den Studienverzicht mit zu legitimieren.

Übersicht 16 : Bewertung der Angebote in der Heimatregion (Anteil in %) - Stichprobe Sachsen-Anhalt 1998 (N=470)

Angebote bezüglich der	Gymnasiasten mit Studienabsicht		Gymnasiasten ohne Studienabsicht	
	gut/ sehr gut	schlecht/ sehr schlecht	gut /sehr gut	schlecht/ sehr schlecht
Lehr- und Ausbildungsstellen	2	71	1	73
Studienmöglichkeiten	30	24	21	29
qualifizierten Arbeitsmöglichkeiten	4	56	4	65
einfachen Arbeitstätigkeiten	17	28	23	20

Diese Reflektion kann u.E. bedeuten, daß die objektiv guten, aber nicht hinreichend genutzten Studienmöglichkeiten in Sachsen-Anhalt offenbar nur unvollständig bekannt sind. Sie kann aber auch signalisieren, daß die Gymnasiasten den Begriff Heimatregion sehr eng auslegen. Ein enges Verständnis von Heimatregion würde in Verbindung mit der Tatsache, daß für die Studienortwahl die Möglichkeiten einer preiswerten Unterkunft und die damit in Verbindung zu sehende geringe Entfernung zum Heimatwohntort von wesentlicher Bedeutung sind, darauf verweisen, daß ein noch dichteres Netz von Hochschulstandorten bzw. eine noch größere Vielfalt der Studienmöglichkeiten an den vorhandenen Hochschulstandorten positive Wirkungen auf die Studierwilligkeit haben könnten. Dem sind allerdings Grenzen in der Machbarkeit allein aufgrund der finanziellen Situation im Lande gesetzt. Die Möglichkeiten, das Bild der Gymnasia-

sten über die Studienmöglichkeiten in ihrem Heimat-Bundesland zu objektivieren - also die tatsächlich vorhandenen vielfältigen Angebote in heimatnahen Hochschulstandorten in breitem Rahmen publik zu machen, sollten deshalb eine gewisse Priorität bei den Aktivitäten zur Erhöhung der Studierwilligkeit haben. Mit Blick darauf, daß in erster Linie nur jene Studienberechtigten ein Studium planen, die sich schon aus diesem Grund für ein Gymnasium entschieden, bedeutet das, daß die Studienmöglichkeiten im Land deutlich früher bekannt gemacht werden müßten, damit sie tatsächlich verinnerlicht werden können.

Gymnasiasten ohne Studienabsicht bewerten die Studienmöglichkeiten in ihrer Heimatregion tendenziell ungünstiger als die Gymnasiasten mit Studienabsicht. Trotz des anzunehmenden Legitimationsdrucks spricht das auch dafür, daß die vorhandenen Informationen offenbar nicht ausreichen und damit zur Verfestigung der Studierunwilligkeit beitragen können. Schließlich nehmen die studierunwilligen Gymnasiasten von einem Studium nicht etwa deshalb Abstand, weil sie die Ausbildungs- und Lehrsituation positiver einschätzen. Ganz im Gegenteil: Die Lehr- und Ausbildungsmöglichkeiten werden von Gymnasiasten mit und ohne Studienabsicht fast gleichermaßen schlecht beurteilt. Trotzdem wollen ein Drittel der Gymnasiasten kein Studium, sondern in der Mehrzahl eine Lehre/Ausbildung aufnehmen.

Das scheint ein Widerspruch zu sein und wirft die Frage auf, warum sie trotzdem diese von ihnen eher als aussichtslos charakterisierte Perspektive wählen.

2.2.5 Gründe für den Studienverzicht

Die Entscheidung gegen ein Studium hat in Sachsen-Anhalt wie insgesamt in den neuen Bundesländern ausgeprägt wirtschaftliche Hintergründe; nur ein geringer Anteil fühlt sich nicht in der Lage, die Studienanforderungen zu bewältigen.

Mit dem Anstieg des Studienberechtigtenanteils am Altersjahrgang stieg in Sachsen-Anhalt ähnlich wie in den anderen neuen Bundesländern der Anteil derjenigen, die auf ein Studium verzichten möchten und eine andere Form der beruflichen Qualifizierung oder Tätigkeit anstreben. Angesichts der Tatsache, daß in den neuen Bundesländern aufgrund der bis 1990 sehr engen Verknüpfung von Studium und Studienberechtigung (im Grundsatz sollten und wollten fast alle Studienberechtigten ein Studium aufnehmen) auch weiterhin eine sozialisationsbedingt hohe Studienanfängerquote denkbar gewesen wäre, stellt sich angesichts der gegenteiligen Entwicklung die Frage nach den Ursachen und Hintergründen für den Studienverzicht.

Eine Ursache muß zumindest darin gesehen werden, daß 32 bis 38 Prozent Studienberechtigte eines Altersjahrgangs (1997) im Durchschnitt nicht die gleiche natürliche Begabung haben wie eine Auswahl von nur knapp 16 Prozent, wie das bis 1998 der Fall war. Das heißt, dem Anstieg der Studienberechtigtenquote folgt nicht automatisch einer gleicher Anstieg der Studienanfängerquote (jeweils bezogen auf einen Altersjahrgang).

Diese natürlichen Voraussetzungen werden von den sozialen Bedingungen überlagert. So kann davon ausgegangen werden, daß die Entscheidung gegen ein Studium in der Regel auch auf sozialen Gründen basiert. Den größten Stellenwert haben insgesamt wirtschaftliche Aspekte. 67 Prozent der Befragten (Sachsen-Anhalt 1995 und 1998) geben an, vor allem schnell eigenes Geld verdienen zu wollen. Kein anderer Grund hatte eine solche Bedeutung (siehe Übersicht 17). 57 Prozent gaben zusätzlich an, daß ihnen ein Studium insgesamt zu teuer wäre.

Übersicht 17: Gründe der Gymnasiasten ohne Studienabsicht für den beabsichtigten Studienverzicht (Anteil in %) ¹⁾

Gründe	Befragung neue Bundesländer 1995		Stichprobe Sachsen-Anhalt 1998		
	Ins- gesamt	Sachsen- Anhalt	Ins- gesamt	Mädchen	Jungen
Für meinen Berufswunsch ist kein Studium erforderlich	51	50	58	63	48
Meine Eltern raten mir dazu	7	7	11	9	14
Ich möchte schnell eigenes Geld verdienen	64	67	67	65	73
Ich denke, ein Studium wäre mir zu schwer	41	43	19	16	25
Ich nehme an, daß die Arbeitsmarktchancen nach einem Studium auch nicht besser sind	32	29	50	48	56
Ich möchte nicht mehr so lange auf eine Schule gehen, sondern schneller praktisch tätig sein	71	66	60	58	64
Ein Studium dauert mir zu lange	-	-	50	48	56
Ein Studium ist mir zu teuer	41	42	57	59	54
Ich möchte kein Darlehen (BAföG) aufnehmen	28	27	40	36	50
So hat man später insgesamt mehr Arbeitsjahre und das ist ja für die Rente mal wichtig	-	-	22	17	33
Die Verdienstmöglichkeiten sind nach einem Studium auch nicht mehr viel besser	-	-	25	23	31
Ich denke nicht so sehr an eine Karriere, ich will mein Leben genießen und machen, was ich will	-	-	24	17	37

¹⁾ Anteil (%) der Antworten in starkem Maße zutreffend/zutreffend im fünfstufigen Antwortmodell

Gleichzeitig signalisieren diese Gymnasiasten auch eine gewisse Schulmüdigkeit. 60 Prozent wollen vor allem auch nicht mehr so lange zur Schule gehen, sondern schneller praktisch tätig sein. Die beschlossene Ausdehnung der Schuldauer von 12 auf 13 Schuljahre dürfte vermutlich nicht dazu beitragen, diese Schulmüdigkeit zu reduzieren. Wahrscheinlicher ist, daß sich diese Veränderung eher negativ auf die Studierwilligkeit auswirken wird.

Ebenso viele studierunwillige Gymnasiasten (60 %) halten ein Studium für ihren Berufswunsch nicht für erforderlich. Dabei bleibt allerdings die Frage offen, inwieweit dieser Berufswunsch bereits das Ergebnis des Studienverzichts ist, also ob zunächst die „Vorentscheidung“ gegen ein Studium und anschließend die Berufs-Vorentscheidung erfolgte oder umgekehrt. Die Hälfte der Gymnasiasten ohne Studienabsicht begründet den Studienverzicht ferner damit, daß die Arbeitsmarktchancen nach einem Studium auch nicht besser seien als ohne Studium. Gleichzeitig wird die Dauer eines Studiums ebenfalls von der Hälfte als ein relevanter Grund benannt.

Vergleicht man die Stichprobe 1998 aus Sachsen-Anhalt mit den 1995 ermittelten Befunden, kann auf bestimmte Verschiebungen geschlossen werden. So geben 1998 deutlich mehr Gymnasiasten an, daß sie nach einem Studium keine besseren Arbeitsmarktchancen sehen. Auch finanzielle Überlegungen scheinen danach leicht an Gewicht gewonnen zu haben. Gleichzeitig geben die Gymnasiasten 1998 deutlich seltener Befürchtungen an, das Studium nicht zu schaffen.

Die Stichprobe 1998 ergab zwischen Mädchen und Jungen leichte Unterschiede hinsichtlich der Gründe für den Studienverzicht. Analoge Unterschiede zeigten sich auch bei der repräsentativen Befragung in allen neuen Bundesländern 1995 (Lischka 1997). Dabei gilt vor allem, daß Mädchen häufiger auf einen Berufswunsch verweisen, für den kein Studium erforderlich scheint, das sind vor allem kaufmännische Berufe. Die Mehrzahl der anderen Gründe (finanzielle Gesichtspunkte, Schulmüdigkeit) haben dagegen für Jungen eine noch größere Bedeutung als für Mädchen. Neu ist, daß im Ergebnis der öffentlichen Diskussionen über die Alterssicherung nunmehr bereits diesbezügliche Überlegungen in die Entscheidung über ein Studium einfließen, bei Jungen häufiger als bei Mädchen.

Ein weiteres Problem in Verbindung mit dem Studienverzicht ist darin zu sehen, daß sich auch eine Reihe negativer Erfahrungen von Studierenden über den Wechsel an die Hochschule „herumsprechen“ und nicht dazu beitragen dürften, bei bezüglich ihrer Bildungsentscheidung noch schwankenden Studienberechtigten das Interesse an einem Studium zu befördern. So sind aus Sicht der Studienanfänger wesentliche Kriterien einer optimalen Studieneinführung (Fachbezogenheit, längerfristige Begleitung) nur selten erfüllt. Nur eine Minderheit beurteilt auch die Vorbereitung der Schule als umfassend gut, fast ein Drittel fühlt sich in keiner Hinsicht gut auf das Studium vorbereitet. In Verbindung mit der Tatsache, daß auch die Studieninformation häufig bemängelt wird, entsteht damit das Bild einer ungenügenden Paßfähigkeit an der

Schnittstelle zwischen Schule und Studium (Lewin, K. 1997). Wenn auch nur eine Minderheit der studierunwilligen Studienberechtigten massiv annimmt, daß ihnen ein Studium zu schwer fallen würde, wecken solche Erfahrungen anderer Studienanfänger tendenziell eher Zweifel an der eignen Leistungsfähigkeit und unterstützen damit Überlegungen eines Studienverzichts.

3. Einflußnahme auf die Studienentscheidung

3.1 Praktische Erfahrungen

Studienberechtigte lassen sich bei ihrer Bildungsentscheidung besonders stark von eigenen praktischen Erfahrungen leiten.

Sicherheit in der Entscheidung für oder gegen ein Studium und die Wahl des geeigneten Studienfaches bzw. Berufes setzen eine hohe Informiertheit der Studienberechtigten voraus. Den Jugendlichen stehen heute grundsätzlich relativ umfangreiche Möglichkeiten der Information zur Verfügung. Der Informationsgewinn der einzelnen Quellen wird allerdings sehr unterschiedlich beurteilt.

Übersicht 18: Informationsverhalten der Studienberechtigten 1994 (Anteil in %)

Informationsquellen	wurde genutzt	davon: war nützlich
Beratung durch Arbeitsamt	75	33
Freunde Bekannte	69	56
Zeitschriften, Literatur zur Berufsberatung	61	57
Eltern, Verwandte	59	47
Praktikum	42	82
Studienberatung der Hochschule	36	47
Schule, Lehrer	31	39
direkt von Betrieben, Behörden	22	68
Informationstage, -börsen	21	58
eigene berufliche Erfahrungen	17	89

Quelle: HIS-Studienberechtigtenbefragung 1994 (Lewin, 1997)

Nicht den am häufigsten genutzten Informationsquellen wird der größte Nutzen zugesprochen, sondern eher den leider nur von wenigen Studienberechtigten genutzten oder nutzbaren Quellen - darauf verweisen repräsentative Untersuchungen von HIS-Hannover. Eigene berufliche Erfahrungen und Erfahrungen aus einem Praktikum bieten danach den größten Informationsgewinn. Aber nur 17 der Studienberechtigten haben eigene berufliche Erfahrungen, nur 42 Prozent konnten ein Praktikum absolvieren. Dagegen nutzten zwar 75 Prozent die Berufsberatung der Arbeitsämter, aber nur 33 % davon schätzten den Nutzen mindestens als groß ein. Keine andere Informationsquelle wird hinsichtlich des Nutzens schlechter beurteilt. Aber auch die Information durch die Studienberatungen der Hochschulen, durch die Schule und die Lehrer, scheint danach insgesamt nur von begrenztem Nutzen zu sein (siehe Übersicht 18).

3.2 Akteure der Hochschulen

Studienberechtigte, die sich für ein Studium entscheiden, profitieren bezüglich der Studieninformation vor allem von den Akteuren der Hochschulen.

Für jene Studienberechtigten, die schließlich tatsächlich ein Studium aufnahmen, erwiesen sich sowohl die persönlichen Gespräche mit Studierenden als auch die persönlichen Gespräche mit Hochschullehrern am häufigsten als nützliche Information. Auch die Studienanfänger waren der Meinung, daß Ihnen die Gespräche mit Lehrern und die Beratung im Arbeitsamt im Vergleich dazu deutlich seltener nützlich waren (siehe Übersicht 19).

Die Gründe für die besondere Effizienz der persönlichen Gespräche mit Hochschullehrern bzw. der eigenen beruflichen Erfahrungen und auch die daraus ableitbaren Schlußfolgerungen weisen in unterschiedliche Richtungen.

Eine Ursache dürfte fachliche Kompetenz bzw. die Nähe der Informanten zum "Informations- bzw. Beratungsgegenstand" sein. Studierende und Hochschullehrer können als Akteure über erlebte Erfahrungen berichten. Mitarbeiter der Arbeitsämter, der zentralen Studienberatungen an den Hochschulen, Schullehrer können dagegen fast ausschließlich übermittelte und damit punktuell unvollständige Erfahrungen sowie Kenntnisse übermitteln. In diesem Sinne scheinen sie eher geeignet zu sein, grundsätzliche und überblicksartige Informationen als Grundlage für nachfolgende spezielle Beratungen zu geben. Im Sinne einer Arbeitsteilung wird empfohlen, diese differenzierte Aufgabenstellung auch zu betonen und von vornherein keine anderen Erwartungen zu wecken. Zu warnen ist vor Vorstellungen, die Lehrer in den Schulen könnten selbst nach weiteren Schulungen oder anhand zusätzlicher Materialien, selbst bei einem höheren Zeitvolumen, wesentlich effektiver auf die Berufs- und Studienentscheidung vorbereiten. Vielmehr scheint es sinnvoller, die Schulen und Lehrer im Prozeß der Berufs- und Studienentscheidung eher im Sinne einer Vermittlungsinstanz zu verstehen. Ihre Aufgabe sollte es sein, die Schüler zu motivieren und anzuregen, den direkten Kontakt mit Akteuren der Hochschulen

zu suchen. Das kann ggf. bis zur Vermittlung dieser Kontakte gehen, obwohl grundsätzlich auf selbständiges Agieren der Gymnasiasten hingewirkt werden sollte.

Ansätze, Informationsdefizite der Studienberechtigten über die Studienmöglichkeiten und -bedingungen abzubauen und damit auch das Studieninteresse zu verstärken, werden eher im Bereich der Hochschulen selbst gesehen. Denn von den als besonders wirksam eingeschätzten Gesprächen mit Hochschullehrern konnten nur 14 Prozent der Studienanfänger tatsächlich Gebrauch machen. Anzunehmen ist, daß die Hochschullehrer und Hochschulleitungen selbst keine Rückmeldung über diese außerordentliche Wirksamkeit haben.

Übersicht 19: Informationsverhalten der Studienanfänger WS 1995/96 (Anteil in %)

Informationsquellen	wurde genutzt	davon: war nützlich
Gespräch mit Studierenden	75	78
Gespräch mit Hochschullehrern	14	71
studieninformierende Literatur	78	64
Studienberatung der Hochschule	39	56
Gespräche mit Eltern	73	53
Information von Freunden	73	49
Gespräche mit Lehrern	37	43
Beratung durch Arbeitsamt	52	30

Quelle: HIS-Studienanfängerbefragung 1995/96 (Lewin, 1997)

Damit haben es die Hochschulen in gewissem Umfang auch selbst in der Hand, sich um die Nachfragenden zu kümmern. Aus unserer Sicht wird empfohlen, die einzelnen Fachbereiche der Hochschulen, vor allem engagierte Hochschullehrer und Studierende, künftig erheblich stärker in die Studienberatung und -information schon vor Studienbeginn einzubeziehen, als dies nach unserer Kenntnis derzeit der Fall ist.

Auch der herausragende Stellenwert eigener praktischer Erfahrungen der Studienberechtigten sollte bei Überlegungen zur verbesserten Wirksamkeit der Information und Beratung produktiv berücksichtigt werden. Eine erneute Erweiterung des formalen Spektrums bzw. der Vielfalt von Informationsmaterialien wird nicht für erforderlich gehalten, was partielle Veränderungen oder auch Erweiterungen nicht ausschließt. Auch eine Erweiterung der Aktivitäten der Arbeitsämter oder zentralen Studienberatungen scheint nicht generell erforderlich. Vielmehr sollten auch diese Einrichtungen stärker als Vermittler zu Spezialisten in den Fachbereichen der Hochschulen oder in Unternehmen fungieren.

4. Zusammenfassung

- Sachsen-Anhalt steht wie die meisten neuen Bundesländer vor dem Problem, daß die Studienplätze im Durchschnitt nur zu zwei Dritteln ausgelastet sind und damit die finanziellen Aufwendungen je Student deutlich höher sind als in den alten Bundesländern.
- Eine Ursache dafür besteht darin, daß bei der Bildungsplanung nach 1990 erhebliche Unsicherheiten bestanden und mit dem Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse zu optimistische Szenarien angenommen wurden.
- Die Studienberechtigtenquote hat sich in Sachsen-Anhalt seit 1990 verdoppelt, sie liegt leicht unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Auch die Studierwilligkeit der Studienberechtigten (z.Z. 64 %) und die Bruttostudierquote (1996 mit 59 %) entsprechen etwa dem Durchschnitt der neuen Bundesländer.
- Auffallend ist jedoch, daß in keinem anderen der neuen Bundesländer soviel Studienanfänger das Land verlassen. Dem steht keine adäquate Bildungseinwanderung gegenüber. Auch die Nachfrage nach technischen Studienrichtungen und technischen nicht-akademischen Berufen ist noch geringer als in anderen neuen Bundesländern. Eine Ursache dafür ist in der wirtschaftlich-sozialen Situation zu sehen. Sachsen-Anhalt hat die höchste Arbeitslosenquote, besonders ausgeprägt war der Abbau der Industrie, deren Anteil hier vormals überdurchschnittlich hoch war.
- Es wurde ein enger Zusammenhang zwischen Gründen für den Besuch der Gymnasien und den Bildungsabsichten nach dem Abitur ermittelt. In der Mehrzahl beabsichtigen nur jene Schüler ein Studium, die schon mit dieser Absicht in die gymnasiale Oberstufe wechselten. Gymnasiasten sind vorwiegend Kinder von "Gewinnern der Einheit" und zu 60 Prozent Mädchen. Von den Studienanfängern sind 56 Prozent Frauen.
- Die Studienentscheidung erfolgt vorwiegend mit Blick auf die beruflich-existentielle Verwertung. Die Entscheidung gegen ein Studium ist vor allem von materiellen Überlegungen getragen. Studierwillige Gymnasiasten orientieren sich deutlich stärker als jene ohne Studienabsicht an europäischen und weltweiten Entwicklungen.
- Studierunwillige Gymnasiasten wollen eine Lehre beginnen, obwohl sie ebenso wie die Studierwilligen die Lehr-/Ausbildungsmöglichkeiten in der Heimatregion als sehr schlecht einschätzen. Aber auch nur jeder dritte Studierwillige und jeder fünfte Studierunwillige bewertet die Studienmöglichkeiten positiv.
- Eigene berufliche Erfahrungen, persönliche Gespräche mit Akteuren an den Hochschulen (Studierende, Hochschullehrer) haben sich mit Blick auf die Bildungsentscheidung als besonders nützlich erwiesen.

5. Schlußfolgerungen und Empfehlungen

Auf Grundlage der vorgelegten Analysen ergeben sich unter Beachtung der spezifischen Sozialisation und Befindlichkeiten der ostdeutschen Bevölkerung folgende Empfehlungen zur stärkeren Inanspruchnahme des freien Zugangs zu höherer Bildung in Sachsen-Anhalt. Dabei wird nochmals auf die im Pkt. 1 benannte Begrenzung des vorgelegten Gutachtens verwiesen. Daraus resultiert einerseits die Relativität der Empfehlungen, andererseits unterstreicht dies die Notwendigkeit weiterer gezielter Untersuchungen.

5.1 Die derzeitigen Probleme beim Zugang zu höherer Bildung in Sachsen-Anhalt haben primär wirtschaftlich-soziale Ursachen. Die aktuelle diesbezügliche Situation im Land ist ungünstiger als in den anderen neuen Bundesländern. Sie wird von den Heranwachsenden und ihren Eltern auch aufgrund ihrer spezifischen Sozialisation anders reflektiert als dies z.B. bei einer ähnlich hohen Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlichen Umstrukturierung in den alten Bundesländern zu erwarten wäre. Aufgrund dessen und der damit verbundenen eng verwertungsorientierten Erwartungen an Hochschulbildung ist es u.E. unrealistisch, kurzfristig eine grundlegende Veränderung der Situation zu erwarten.

Wenig erfolgversprechend erscheinen darum auch vordergründiger Aktionismus, Kampagnen oder dgl. mehr, deren Schwächen u.a. in der Kurzzeitigkeit liegen. Dabei ist auch zu beachten, daß unreflektierter Aktionismus eher Argwohn statt Aufgeschlossenheit bei den Adressaten hervorrufen dürfte. Auch Marketingfachleute stellen fest, daß die Bevölkerung der neuen Bundesländer auf Werbung anders reagiert als die Bevölkerung der alten Bundesländer.

5.2 Als langfristige Maßnahme zur gezielten Unterstützung von Bildungsentscheidungen wird eine Konzertierte Aktion unter Federführung des Kultusministeriums empfohlen. Ziel der Konzertierten Aktion sollte es sein, alle in Verbindung mit der Bildungsentscheidung stehenden gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln. In der Konzertierten Aktion sollten Vertreter aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen vertreten sein. Das wären insbesondere Vertreter von Gymnasien, von sämtlichen Hochschulen, Schüler- und Elternvertretungen, Studentenwerken, einzelnen Unternehmen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, Arbeitsämtern.

Aufgabe der Konzertierten Aktion, die zunächst auf 5 Jahre begrenzt werden könnte, sollte es sein, gemeinsam spezielle Maßnahmen zur Unterstützung von Bildungsentscheidungen zu entwickeln, zu bestreiten und zu evaluieren. Dazu sollte die Konzertierte Aktion von einem stabilen Gremium geleitet werden, das nach einem vereinbarten Arbeitsplan agiert und sich in relativ kurzen Zeitabständen berät.

- 5.3 Im Rahmen der Aktivitäten der Konzertierte Aktion wird empfohlen, mit Bildungs- und Berufsinformationen wesentlich früher und dementsprechend altersgerecht zu beginnen. Die Probleme der geringen Inanspruchnahme von Hochschulbildung sind auch Probleme der Inanspruchnahme von höherer allgemeiner Bildung. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Gründen für den Erwerb des Abiturs und der späteren Entscheidung für oder wider ein Studium scheint es ratsam, bereits vor dem Übergang an die Gymnasien bzw. an die zur Studienberechtigung führenden beruflichen Schulen verstärkt über die verschiedenen Bildungswege und beruflichen Perspektiven zu informieren bzw. darüber zu beraten. Damit sollen die Schüler und ihre Eltern befähigt werden, die anschließende Entscheidung verantwortungsbewußt und vor dem Hintergrund der Entwicklung zu einer Wissensgesellschaft treffen zu können. In diesen Klassenstufen scheint es geboten, Eltern und Schüler gemeinsam zu informieren und zu beraten. Dabei ist anzusetzen, daß die Eltern der Heranwachsenden die Funktion der einzelnen Bildungswege teilweise noch aus eigenen Erleben (DDR) bewerten. Deshalb benötigen sie offenbar auch gegenwärtig noch deutlich mehr Informations- und Beratungsangebote als Eltern die (wie in den alten Bundesländern) selbst dieses Bildungswesen erlebten.
- 5.4 Im Rahmen der Konzertierte Aktion sollten die Bestrebungen dahin gehen, auch die Lehrer verstärkt über die aktuellen Bedingungen, Erfordernisse und Möglichkeiten eines Studiums im Land zu informieren. Ein Teil der Lehrer dürfte (betrachtet man die Einschätzungen von Studienberechtigten zur Nützlichkeit der Beratung durch Lehrer) in den zurückliegenden Jahren erst bedingt Möglichkeiten zur Verinnerlichung der veränderten Funktion von Hochschulbildung, der neue Hochschullandschaft einschließlich der Studienbedingungen gehabt haben. Exkursionen und Gespräche an den Hochschulen bieten sich dafür eher an als weitere Informationsmaterialien.
- 5.5 Die Informations- und Beratungsangebote sollten in noch stärkerem Maße die grundsätzlich auch künftig zu erwartende bessere Verwertbarkeit von Hochschulabschlüssen gegenüber anderen beruflichen Qualifikationen in den Mittelpunkt der Informationen stellen. Dazu wären u.a. die langfristigen Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit zu nutzen, die - bei aller gebotenen Vorsicht mit Prognoserechnungen - diesen Trend eindeutig benennen. Gerade in einem Land, in dem derzeit die Verwertung von Qualifikationen das gesellschaftliche Problem Nr. 1 darstellt, sind glaubwürdige und solide Informationen über den künftigen Qualifikationsbedarf von herausragender Bedeutung.

In Verbindung damit sollten aber neue Ansätze zum Verhältnis Bildung- Arbeitsmarkt betont werden. Während Bildung bislang primär als Reaktion auf die Anforderungen der Arbeitswelt verstanden wurde, sind die Heranwachsenden stärker darauf zu orientieren,

im Ergebnis von Hochschulbildung Arbeit neu zu schaffen, mithin Bildung als Auslöser für Innovationen und damit Arbeitsplätze zu verstehen.

- 5.6 Informations- und Beratungsangebote sollten konkrete langfristige regionale und internationale Entwicklungstendenzen aufzeigen. Es wird deshalb einerseits empfohlen, die im Land tätigen Unternehmen im Rahmen der Konzertierte Aktion für Präsentationen und Beratungen zu gewinnen. Das gilt in besonderem Maße auch für solche Unternehmen, die gegenwärtig Zweigbetriebe, Tochterunternehmen, Filialen u.ä. in Sachsen-Anhalt aufbauen oder sich als sachsen-anhaltinische Unternehmen überregional bzw. international engagieren.

Andererseits wird empfohlen, die Bemühungen künftig auch auf die Präsentation von Unternehmen/Unternehmensgründungen aus anderen Regionen und Staaten zu richten. Dieses Potential sollte genutzt werden, um den Heranwachsenden schon sehr frühzeitig den Blick auf europa- und weltweite Entwicklungen und damit auf Arbeitsplätze außerhalb Deutschlands zu richten. Es ist nicht auszuschließen, daß die Heranwachsenden der neuen Bundesländer in ihrer Sicht auf internationale Entwicklungen relativ ungünstige Voraussetzungen haben, da zum Beispiel die Idee der Europäischen Union hier noch jung ist. Allein schon die in den alten Bundesländern bereits von der Eltern- und Großelterngeneration genutzten Reisemöglichkeiten dürften dafür ein günstigeres Klima geschaffen haben.

- 5.7 Im Kontakt mit den Unternehmen und gefördert durch das Kultusministerium sollten die Möglichkeiten von Praktika während der Schulzeit erheblich verstärkt werden. Die dabei gesammelten praktischen Erfahrungen und Eindrücke sind für die Bildungsentscheidung offenbar nützlicher als abstrakte Informationen. Das gilt vor allem, weil derzeit auch die Möglichkeiten von Ferienjobs für Schüler deutlich eingeschränkt sind.

- 5.8 Die aktuellen Bedingungen relativer Freiräume an den Hochschulen sollten gezielt für verstärkt individuelle oder Kleingruppengespräche von Schülern mit den Akteuren der Hochschule, den Studierenden und Hochschullehrern, genutzt werden. Die verstärkte Vermittlung solcher direkten Kontakte sollte der zentralen und der Fachstudienberatung der Hochschulen obliegen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient u.E. dabei der Ansatz, Studierende höherer Semester für Informations- und Beratungsgespräche in den Schulen zu gewinnen. Dazu wäre denkbar, in Anlehnung an die bestehenden Tutorienprogramme der Universitäten spezielle Tutorienprogramme für diese hinführenden Beratungsaufgaben einzurichten. Die damit verbundene Vergütung würde es den Studierenden erlauben, auf anderweitige Jobarbeiten zugunsten dieser letztlich den Hochschulen zugute kommenden Tätigkeit zu verzichten.

- 5.9 In Verbindung mit der Bildungsentscheidung wird empfohlen, finanzielle Fragen in den Beratungen offensiv und möglichst konkret zu thematisieren. Das gilt vor allem, weil der Verzicht auf ein Studium in der Mehrzahl finanziell begründet wird, insbesondere bei Jungen. Die Bafög-Regelungen, die durch die aktuellen Debatten allerdings wenig Sicherheit bieten, aber auch die Verdienstmöglichkeiten in einzelnen Berufsfeldern sollten dabei konkret anhand von Beispielen durchgerechnet werden. Bisher sind die diesbezüglichen Informationen nach unseren Erfahrungen in der Mehrzahl offenbar wenig verbindlich und konkret.
- Gleichzeitig sollten die Bemühungen des Landes dahin gehen, die finanzielle Belastung privater Haushalte durch ein Studium in den Verhandlungen mit dem Bund vor dem Hintergrund der geringen Einkommen und Vermögen in den neuen Bundesländern so gering wie möglich zu halten. Ohnehin ist zu erwarten, daß die Diskussionen um Studiengebühren, aber auch die beschlossene Einführung des 13. Schuljahres in Sachsen-Anhalt die Studienbereitschaft weiter reduzieren.
- 5.10 Die Hochschulen sollten weiterhin unterstützt werden, die aktuellen Bedingungen der geringen Nachfrage als relativen Freiraum für innovative Entwicklungen zu nutzen. Aus unserer Sicht wird empfohlen, weitere neue Studiengänge (Modellprojekte) zu konzipieren, zu erproben und zu evaluieren. Ferner wird empfohlen, die bestehenden Freiräume zu nutzen, um die Kontakte mit zur Studienberechtigung führenden Bildungseinrichtungen sowie mit Unternehmen auszubauen, die Möglichkeiten des Technologietransfers zu erweitern, neue Möglichkeiten der Hochschulen in der Beziehung zu potentiellen Arbeitgebern für Absolventen auszuprobieren und dabei die Angebote der wissenschaftlichen Weiterbildung zu erweitern. In der Regel sind das Schritte, langfristig die Attraktivität und das Ansehen der Hochschulen zu erhöhen, die über einen längeren Zeitraum auch bezüglich der Nachfrage nach Hochschulbildung wirksam werden können. Gleichzeitig ist darauf zu verweisen, daß aktuelle Modellstudiengänge im Land (Duale Studiengänge an den FH Merseburg und Magdeburg) schon in der Erprobungsphase deutlich mehr Nachfrage erzeugen als Studienplätze bestehen. In solchen Fällen sind dann auch kurzfristige Effekte möglich, nämlich wenn die Konzepte solche Modellstudiengänge den aktuellen Vorstellungen der Studienberechtigten entsprechen. In den genannten Fällen sind das die Dualität der Ausbildungsorte Hochschule und Unternehmen, Praxisbezogenheit, kurze Studiendauer und insbesondere die relativ sicheren Arbeitsplätze (vgl. Jahn 1998).
- 5.11 Ausgehend von dem geringen Zuspruch der Hochschulen Sachsen-Anhalts für Studienberechtigte aus anderen Bundesländern, insbesondere aus räumlich naheliegenden alten Bundesländern, sollte geprüft werden, inwieweit die jeweiligen Kultusministerien bei der Studienwerbung kooperieren könnten.

Literatur:

Adler,H.; Lischka,I.: Erste Prognose der Studienberechtigten und Studienanfänger in den neuen Bundesländern. Projektgruppe Hochschulforschung.- Berlin, 1991 (Projektberichte 2/1991)

Adler,H.; Lischka,I.: Vorausschätzung. Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern. Projektgruppe Hochschulforschung.- Berlin, 1993 (Projektberichte 2/1993)

Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt. Stand Februar 1998. -Nürnberg, 1998 (IAB Werkstattbericht Nr. 1.2/1998)

Bildung im Zahlenspiegel 1997. Stat. Bundesamt.- Wiesbaden,1997

Bildungsentwicklung und Studiennachfrage in Sachsen-Anhalt. Grund- und Strukturdaten für die Hochschulplanung. Wiss. Bearbeitung. Ch. Maetzing, I. Schütt, A. Wolter. Inst. f. Entwicklungsplanung und Strukturforschung.- Hannover, 1994 (Materialien 159)

Birk, L.: Vorausschätzung der Studienanfänger- und Studentenzahlen in Sachsen-Anhalt (1. Entwurfsfassung). HIS -Hannover, 1992

Durrer,F.; Heine, Ch.: Studienaufnahme und regionale Mobilität. HIS-Hannover, 1996 (Kurzinformation A 10/96)

Durrer,F.; Heine, Ch.: Studienberechtigte 96 ein halbes Jahr nach Schulabgang. HIS-Hannover, 1997 (Kurzinformation A 16/97)

Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt. Hrsg. Min. f. Wiss. u. Forschung des Landes Sachsen-Anhalt.- Magdeburg, 1992

Grund- und Strukturdaten 1997/98. Bundesmin. f. Bild.,Wiss., Forschung und Technologie.- Bonn, 1997

Grund- und Strukturdaten für die Hochschulplanung in Sachsen-Anhalt (1. Zwischenbericht). Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Hannover.- Hannover/Magdeburg, Feb. 1992

Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Buck-Bechler,G., Schaefer,H.-D., Wagemann,C.-H. Deutscher Studienverlag.- Weinheim, 1997

Jahn, H.: Dualität curricular umsetzen. HoF-Wittenberg.- Wittenberg, 1998 (Arbeitsbericht)

Konzept zur Entwicklung der Zusammenarbeit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, insbesondere mit den Gymnasien des Landes Sachsen-Anhalt. - Halle, 18.07.1997

Lewin, K.: Die Schnittstelle zwischen Schule und Studium aus der Sicht von Studienberechtigten und Studienanfängern. HIS- Hannover, 1997 (A 18/97)

Lischka,I.: Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung. In: Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Buck-Bechler,G., Schaefer,H.-D., Wagemann,C.-H. Deutscher Studienverlag.- Weinheim, 1997

Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. Hrsg. Stat. Amt der DDR. Haufe Verlag.- Berlin, 1990

Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland.- Wiesbaden, 1997

Studienanfänger- und Studierendenzahlen für die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland im Wintersemester 1997/98. Hochschulrektorenkonferenz.- Bonn, 1997 (Dokumentation Nr. 9/1997)

Studienaufnahmeverhalten von Abiturienten - Aktivitäten zur Studieninformation und Studienwerbung der Universität. Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Dezernat Studienangelegenheiten.- Magdeburg, 12.1.1998

Bislang erschienene Arbeitsberichte:

- 1 '97: Jahn, Heidrun: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*. Wittenberg 1997, 22 S.
- 2 '97: Lischka, Irene: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer - Bildungsabsichten*. Wittenberg 1997, 33 S.
- 3 '97: Buck-Bechler, Getraude: *Zur Arbeit mit Lehrberichten*. Wittenberg 1997, 17 S.
- 4 '97: Lischka, Irene: *Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland*. Wittenberg 1997, 15 S.
- 5 '97: Burkhardt, Anke: *Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995 - Datenreport*. Wittenberg 1997, 49 S.

- 1 '98: Jahn, Heidrun: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*. Wittenberg 1998, 40 S.
- 2 '98: Lewin, Dirk: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal - Zustandsanalyse*. Wittenberg 1998, 44 S.
- 3 '98: Jahn, Heidrun: *Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse*. Wittenberg 1998, 38 S.
- 4 '98: Pasternack, Peer: *Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre*. Wittenberg 1998, 30 S.

Zweimal im Jahr erscheinen die *HoF-Berichte* mit aktuellen Meldungen aus dem Institut. Beim Deutschen Studien Verlag Weinheim gibt das Institut die Reihe *Wittenberger Hochschulforschung* heraus.

**HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

Im Dezember 1996 hatte HoF Wittenberg, gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt und den Bund, seine Arbeit aufgenommen. Das Institut widmet sich seither der Entwicklung wissenschaftlich begründeter Perspektiven für **Veränderungen** im Hochschulwesen, erhebt hierzu Daten, stellt die aufbereiteten Informationen zur Verfügung, um Reformprozesse zu stimulieren und begleiten, erarbeitet Prognosen und bietet Planungshilfen an.

Eine wichtige Rolle in der Arbeit des Instituts spielt die Hochschulentwicklung in den **neuen Ländern**. Diese Entwicklung ist von Umstrukturierungen gekennzeichnet, die auf Grund ihrer Rigorosität und Dynamik in mancher Hinsicht als exemplarisch für den Reformbedarf der Hochschulen in Deutschland gelten können. Dabei soll der Blick auf die Entwicklungen in Europa ausgedehnt und zugleich auch das Erfahrungspotential des DDR-Hochschulwesens einbezogen werden.

Die theoretischen und methodischen Ansätze der am Institut durchgeführten Forschungen sind **interdisziplinär** angelegt. HoF Wittenberg schließt teilweise an die Arbeiten der **Projektgruppe Hochschulforschung** Berlin-Karlshorst an und greift zugleich Ergebnisse und Erfahrungen der Hochschulforschung in den alten Ländern auf. Damit steht das Institut an der Schnittstelle zwischen ostdeutscher Tradition, gesamtdeutscher Problemreflexion und internationalen bzw. international vergleichenden Annäherungen an seinen Gegenstand. Im **Wissenschaftlichen Beirat** des Instituts wirken renommierte Hochschul- bzw. Bildungsforscherinnen und -forscher aus Deutschland und Europa mit.

Im Rahmen seines vor allem auf die Bildungs- und Qualifikationsfunktion der Hochschulen bezogenen wissenschaftlichen Grundthemas "**Hochschule und gesellschaftlicher Wandel**" verfolgt das Institut u.a. folgende **Arbeitsschwerpunkte**:

- Differenzierung und Flexibilisierung von Studiengangssystemen an Universitäten und Fachhochschulen - Fachübergreifendes Lehren und Studieren
- Hochschule, Region und Arbeitsmarkt (Erwartungen an Hochschulbildung unter den Bedingungen des sich diversifizierenden Arbeitsmarktes, Zusammenarbeit von Hochschulen, außerhochschulischen Forschungseinrichtungen und Wirtschaft)
- Auswirkungen der Internationalisierungsprozesse auf nationale Steuerungsmöglichkeiten von Hochschulsystemen (international vergleichende Hochschulforschung)
- Effizienz und Legitimität von Hochschulbildung (Lehrberichtssysteme, Entscheidungsstrukturen, Hochschulmanagement, Hochschul-Controlling)

In enger Verbindung mit diesen Forschungsschwerpunkten besteht eine ständige Aufgabe des Instituts in der Dokumentation von Quellen und Daten zur Hochschulentwicklung in Deutschland und Europa. Der aktuelle Bestand der **Institutsbibliothek** umfaßt 50.000 Bände und etwa 200 Zeitschriften. Darunter befinden sich wichtige Bestände für Forschungen über die Bildungs- und Hochschulsysteme der DDR und Osteuropas.

HoF Wittenberg hat im „Fridericianum“, dem alten Wittenberger Universitätsgebäude und heutigen Sitz der Universitätsstiftung **Leucorea**, sein Domizil gefunden. Dadurch trägt das Institut auch zur Wiederbelebung des akademischen Lebens in der Universitätsstadt **Wittenberg** bei.

Entscheidung für höhere Bildung
in Sachsen-Anhalt

Gutachten

Federführung: Dr. Irene Lischka
Wittenberg, Mai 1998